

Brexit – chance or agony?

Die Rolle Nordirlands im Vereinigten Königreich und dessen Austritt aus der Europäischen Union

Moritz U. Happerger
Max Kurtin

DIPLOMARBEIT

gemäß §§ 7–9 Prüfungsordnung BMHS und Bildungsanstalten
BGBl. II Nr. 177/2012 i. d. g. F.

im Rahmen der Pflichtgegenstände Globalwirtschaft, Wirtschaftsgeografie und
Volkswirtschaft sowie Geschichte und politische Bildung

Jahrgang: 5HRD

Schuljahr: 2019/20

Betreuer:
Prof. Mag. Michael Eigner
Prof. Mag. Werner Holzheu, MBA MSc

Eigenständigkeitserklärung

Wir versichern an Eides statt, dass wir die vorliegende Diplomarbeit *Brexit – chance or agony?* an der HLTW 13, Bergheidengasse 5-19, 1130 Wien, selbstständig verfasst haben, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und uns auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient haben.

Wien, am 1. April 2020

Moritz Happerger:



Max Kurtin:



Inhaltsverzeichnis

1	Abstract	5
2	Vorwort	6
3	Einleitung	7
4	Forschungsfragen	8
5	Die grüne Insel – Britanniens Achillesferse	9
5.1	Begrifflichkeiten.....	9
5.2	Anglo-irische Geschichte bis zum Boyne im Zeitraffer.....	10
6	Irischer Widerstand im 19. und 20. Jahrhundert	13
6.1.1	Home Rule	13
6.1.2	Osteraufstand von 1916.....	14
6.2	Zwei irische Staaten	15
6.2.1	Irischer Unabhängigkeitskrieg (1919–1921)	15
6.2.2	Irischer Freistaat und Bürgerkrieg (1922–1923)	16
7	Irland als Republik im 20. Jahrhundert	17
7.1	Die großen Parteien und ihre Geschichten	17
7.1.1	Fine Gael.....	17
7.1.2	Fianna Fáil.....	17
7.1.3	Sinn Féin	18
7.2	Celtic Tiger	18
8	Pulverfass Nordirland	20
8.1	Flaggenkontroverse und die Rote Hand	20
8.2	Die Konfliktparteien und ihre politischen Positionen.....	21
8.2.1	Republikaner (Irish Republicans).....	21
8.2.2	Unionisten (Ulster Loyalists)	22
8.3	Staatliche Akteure	22
8.4	Meilensteine der Eskalation	22
8.5	Das Karfreitagsabkommen und seine Auswirkungen.....	24
9	Die Brexit-Abstimmung Camerons	26
9.1	Wirtschaftliche und politische Hintergründe	26
9.2	Camerons Nachverhandlungen mit der EU	26
9.3	Aufstieg der UKIP	27
9.4	Das Referendum – Ergebnisse und Kritik	28
10	Die Verhandlungen zwischen EU und May	30
10.1	Artikel 50: Politisches Neuland	30
10.2	Fünf Vorbilder	30
11	Boris Johnsons politische Agenda	33
11.1	Brexit.....	33
11.2	One-Nation-Konservatismus.....	34
11.3	Wirtschaftspolitische Ziele	35
11.4	Zusammenhalt des Königreiches.....	36

12	Der „Back Stop“	37
12.1	Aktuelle Entwicklungen	37
13	Bilaterale Verträge mit Trumps USA	38
14	Die britische Wirtschaft nach dem Beitritt zur EG	40
14.1	Privatisierung als Konzept	40
14.2	Die britische Wirtschaft unter Thatcher	42
14.3	UK und EU: „Brittenrabatt“ und andere „Rosinenpickerei“	45
15	Konfliktfelder zwischen UK und EU	47
15.1	Staatliche Souveränität versus Supranationalität	47
15.2	Die Fischfangquoten der EU	48
15.3	EU-Beiträge versus NHS – eine Analyse	49
16	Die Brexit-Abstimmung im Detail	51
16.1	Argumente der Brexiteers	51
16.2	Argumente der Remainers	52
16.3	Regionale Unterschiede im Abstimmungsverhalten und Motive	53
16.4	„Operation Yellowhammer“ und mögliche Szenarien	54
17	Potenzielle Auswirkungen des Brexits auf Nordirland	56
17.1	Folgen des Brexits auf den irischen Friedensprozess	56
17.2	Wirtschaftliche Auswirkungen auf Nordirland	57
18	Methodik	59
18.1	Überblick	59
18.1.1	Instrumente der empirischen Forschung	59
18.2	Experteninterview	60
18.3	Gruppendiskussion	61
19	Ergebnisse	62
19.1	Geopolitisch-geschichtlicher Teil	62
19.2	Volkswirtschaftlicher Teil	64
20	Zusammenfassung	67
21	Anhang	68
21.1	Interview mit Dr. Hatto Käfer	68
21.2	Zeittafel der nordirischen Geschichte	79
21.3	Abkürzungsverzeichnis	80
21.4	Art. 50 EUV	81
22	Abbildungsverzeichnis	82
23	Bibliografie	85
23.1	Druckquellen	85
23.2	Internetquellen	87

1 Abstract

For centuries, the inner-Irish conflict has greatly influenced the United Kingdom's political decision-making. This is especially visible in the present-day withdrawal negotiations with the European Union; therefore, this thesis addresses the historical background, the geopolitical consequences, as well as the economic effects of the Northern Ireland conflict on the British and Irish peoples.

The first part tries to give a detailed overview of the century-long history of the island of Ireland, which—during the course of history—has transformed Northern Ireland into an area of constant potential conflict and culminated in the Troubles of the late 20th century.

In addition to analyzing in his part how the membership in the EEC led the Irish economy to soar into unknown growth after decades of instability, Moritz Happerger delineates the Good Friday Agreement's medium-term pacification of the inner-Irish border. Furthermore, he circumstantiates motives, causes, and consequences of the 2016 Brexit referendum and compares the diverging types of negotiation amongst Prime Ministers Cameron, May, and Johnson.

In the ensuing second part, Max Kurtin occupies himself with the economic aspects of Brexit, whilst focusing on the British economy under Thatcher, which he describes and breaks down in-depth. Furthermore, he assesses the possibility of bilateral agreements with the United States.

In equal measure, the Brexiteers' and Remainers' arguments are contrasted with each other and the most significant fields of conflict between the United Kingdom and the European Union are analyzed. Lastly, the potential impact of Brexit on Northern Ireland is evaluated.

2 Vorwort

Die Brexit-Thematik hat die Medien seit 2016 fest im Griff. Als bei uns die Wahl des Diplomarbeitsthemas anstand, war der (ursprüngliche) Austrittstermin bereits in Sichtweite und die Spekulationen um die Zukunft des Vereinigten Königreiches groß. Aber die Ursprünge dieses historischen Referendums blieben weitgehend unbeleuchtet. Daher haben wir uns dazu entschlossen, dieses Thema von der geopolitisch-geschichtlichen, als auch von der volkswirtschaftlichen Seite aufzuarbeiten – um die Beweggründe, die für viele Briten nicht nur sachliche, sondern vor allem auch ideologische waren, aufzuarbeiten und herauszuarbeiten, welche Rolle Fake News in unserer Zeit spielen und welche folgenschwere Konsequenzen auf deren Basis getroffene Entscheidungen haben können.

Wir möchten uns schließlich noch bei Dr. Hatto Käfer von der Europäischen Kommission und der irischen Botschaft bedanken, ohne deren Zutun diese Arbeit so nicht zustande gekommen wäre.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet; Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.

3 Einleitung

Of course Brexit means that something is wrong in Europe. But Brexit means also that something was wrong in Britain.

JEAN-CLAUDE JUNCKER (theguardian.com, 15. März 2020)

Am 1. Februar 2020 trat das Vereinigte Königreich – nach zahlreichen Verschiebungen – aus der Europäischen Union aus. Diesem Ereignis gingen Jahrhunderte anglo-irischer Geschichte voraus, die das Verhältnis der Briten zu Europa, aber auch die Beziehungen der Völker auf den Britischen Inseln zueinander für immer prägen sollten. Der innerirische Konflikt, der im 20. Jahrhundert in unzähligen Jahren Krieg und Tod seinen Höhepunkt fand, hat seine Wurzeln 800 Jahre zuvor, in der ersten Vereinnahmung Irlands durch die englische Krone.

Diese ideologische Komponente wird jedoch ergänzt durch eine essenzielle volkswirtschaftliche. Denn in dieser Hinsicht ist der Brexit keineswegs ein einfacher Austritt – gilt es doch neue Handelsbasen zu schaffen, außerhalb des komplexen logistischen, rechtlichen und politischen Systems der Europäischen Union. Obwohl das Vereinigte Königreich schon als Mitgliedsstaat von einer Vielzahl an Sonder- und Ausnahmeregelungen profitieren konnte, gestaltet sich der Austritt als ein langwieriger und allumfassender Prozess, der auch in den nächsten Jahren des gesamten Fokus der britischen Politik bedarf.

4 Forschungsfragen

Forschungsfrage von Moritz Happerger:

Welchen Einfluss hat die lange Geschichte an geopolitischen Konflikten zwischen den Iren und Briten beim Brexit und wie wirkt sich das Geschehene auf die UK-EU-Verhandlungen aus?

Forschungsfragen von Max Kurtin:

Welche volkswirtschaftlichen Chancen und Herausforderungen ergeben sich für das Vereinigte Königreich, und speziell Nordirland, durch einen Austritt aus der Europäischen Union?

Nach welchen Gesichtspunkten können Argumente analysiert werden, um eine konstruktive Debatte über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zu ermöglichen?

5 Die grüne Insel – Britanniens Achillesferse

5.1 Begrifflichkeiten

Auf den Britischen Inseln gibt es – vor allem bedingt durch jahrhundertelange Auseinandersetzungen zwischen den Völkern – verschiedenste geografische, politische und kulturelle Bezeichnungen für die dort existenten Entitäten. Daher finden Sie in diesem Unterkapitel eine kurze Differenzierung und Aufklärung über diese, im allgemeinen Sprachgebrauch oftmals synonym verwendeten Begriffe.

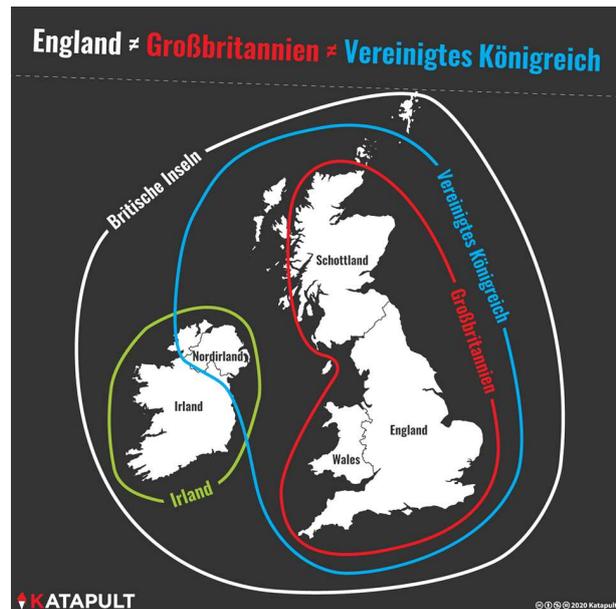


Abb. 1: Die Entitäten der Britischen Inseln

Das **Vereinigte Königreich** (amtl. *United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland*) bezeichnet den souveränen Staat, bestehend aus den Ländern (*constituent countries*) **England**, **Schottland** und **Wales**, sowie der Provinz **Nordirland**. Alle diese Landesteile genießen in einigen Punkten Autonomie von Westminster und wählen ihre eigenen Regionalparlamente, wobei der genaue Grad der Autonomie zwischen den Landesteilen variiert. **Großbritannien** (*Great Britain*, kurz *GB*) ist im eigentlichen Sinne die geografische Bezeichnung für die größte der **Britischen Inseln**. Da der Großteil des Vereinigten Königreiches auf Großbritannien liegt, werden diese beiden Begriffe am häufigsten synonym gebraucht: Auch bei den Olympischen Spielen tritt das Vereinigte Königreich als *Team GB* an.

Irland steht sowohl für die geografische Bezeichnung der zweitgrößten Britischen Insel, als auch die Republik im Süden derselben. Zur Spezifikation des Staates ist der Ausdruck Republik Irland in Verwendung – fälschlicherweise, denn genaugenommen lautet der vollständige amtliche Name *Ireland* (irisch *Éire*).

sogenannten *Plantation* siedelten sich protestantische Engländer und Schotten in Ulster an – eine weitere Konsequenz der anti-katholischen Politik des regierenden Statthalters Arthur Chichester, denn

[e]r war überzeugt, dass die langfristige Sicherheit der englischen Vorherrschaft in Irland von der Konvertierung der Bevölkerung zum Protestantismus abhängt; Katholiken könnten als Diener zweier Herren, des Papstes und des Königs, niemals verlässliche Untertanen der protestantischen Krone sein. (Otto 2005³, S. 13)

Das Konzept der *Plantation* wurde 1610 erheblich erweitert, so dass das Land in Ulster eingezogen, parzelliert und schließlich von den Schotten und Engländern kolonialisiert wurde. Das Gros der Parzellen wurde an britische Großpächter vergeben, die einen niedrigen Zins entrichteten und im Gegenzug weitere schottische und englische Zuwanderer ansiedeln mussten. Ferner lag es an ihnen dafür zu sorgen, dass die restlichen Iren von den Ländereien vertrieben wurden; auch der Verkauf derselben an Iren stand unter Strafe. Im Endeffekt besiedelten nur rund 20.000 Briten die Provinz – weitaus weniger, als ursprünglich antizipiert worden war.

Unter Karl I. wurde Tomas Wentworth *Lord Deputy* mit dem Auftrag, Geld in die kriegerschöpfte Staatskasse zu spülen und die protestantische Religion durch absolutistische Herrschaftspolitik mittelbar zu etablieren. Die Ulster-Schotten waren gezwungen, den *Black Oath* zu leisten, um sich somit dem Bund zwischen Schotten und Ulster-Schotten zu entsagen. Wentworths in Irland, aber auch in England fast allseits unbeliebte Politik führte zu seiner Rückbeorderung nach Westminster und endete 1641 schließlich mit einem durch das Parlament verhängten Todesurteil. Dieses sorgte für enorme Aufregung in Irland und führte zum Aufstand des katholischen Irlands. Aufgestachelt durch Gerüchte einer schottischen Invasion und Plänen der Puritaner, Katholiken zu töten, wurden innerhalb kurzer Zeit 12.000 Protestanten ermordet oder starben an den Folgen von Hunger oder Vertreibung.

1649 endete der englische Bürgerkrieg, der auch in Irland 600.000 Todesopfer forderte, mit dem Sieg der Fraktion um Oliver Cromwell. Im Rahmen der *Cromwellian Settlements*

wurden 1652 über 45.000 km² Land enteignet und Königstreuen als Belohnung zur Verfügung gestellt – davon ausgenommen war lediglich die westliche, als unfruchtbar geltende Provinz Connaught, in die in den darauffolgenden Jahren ca. 44.000 Menschen vertrieben wurden. Nach dem Ende der Republik Cromwell begründete Karl II. erneut die Monarchie; dieser zeigte sich Katholiken gegenüber durchaus verständnisvoll, wurde jedoch in all seinen Bemühungen, das Leben der katholischen Iren zu verbessern, vom mit Protestanten besetzten Parlament blockiert.

Nichtsdestotrotz bestieg 1685 der zum Katholizismus konvertierte Jakob II. den Thron. Die durch ihn eingesetzten Statthalter betrieben eine Re-Katholisierung Irlands, in der in „Säuberungsaktionen“ illoyale (protestantische) Elemente im Staatswesen durch Katholiken ersetzt wurden. (vgl. Otto 2005³, S. 23)

Wider Erwarten erhielt Jakob 1688 einen Sohn – bis dahin wurde davon ausgegangen, dass der Ehemann seiner protestantischen Tochter, Wilhelm von Oranien, den Thron übernehmen würde. Angesichts der somit drohenden Errichtung einer katholischen Herrscherdynastie und der Tatsache, dass Jakob II. so weit ging irische Soldaten zu seinem Schutz nach London zu beordern, verbündeten sich Armee und Parlament mit dem Ziel, den König zu entmachten. Dieser floh an den Hof Ludwigs XIV. und verlor den Thron an seinen Schwiegersohn, den nunmehrigen Wilhelm III., König von England. Dieser Wechsel entfachte wiederum einen blutigen Konflikt zwischen irischen Protestanten und Katholiken: Den Krieg der zwei Könige, den Wilhelm III. am 12. Juli 1690 bei der Schlacht am Boyne für sich entschied und Jakob einmal mehr zurück nach Frankreich zwang.



Abb. 3: Die Schlacht am Boyne

6 Irischer Widerstand im 19. und 20. Jahrhundert

6.1.1 Home Rule

Als 1845 aufgrund massivster Ernteauffälle der Große Hunger über Irland wütete und Millionen von Menschen das Leben kostete, verschlechterte sich das Bild der Union unter den irischen Katholiken dramatisch. Die Regierung in London griff kaum bis gar nicht ein, um der Hungersnot Einhalt zu gebieten – im Gegenteil: Es gibt Überlieferungen von konservativen Politikern, die in der Hungersnot die „Lösung“ des Überbevölkerungsproblems sahen.

1870 gründete der protestantische Ire Isaac Butt die *Home Rule League*, die sich für ein unabhängiges Parlament und eine unabhängige Regierung für Irland einsetzte, welche jedoch weiterhin unter englischer Kontrolle stehen sollte. Die Liga erhielt rasch einiges an Unterstützung innerhalb der Bevölkerung und errang 1874 die Hälfte der irischen Unterhaussitze. Der Home-Rule-Liga standen die irischen Parlamentarier (*Irish Parliamentary Party*) gegenüber, die für eine vollständige Loslösung Irlands auf zwar verfassungsmäßigem, jedoch vor allem unkooperativem Wege eintrat. Die IPP entwickelte sich in den Folgejahren zur dominierenden Partei innerhalb des separatistischen Lagers.

Die erste Home-Rule-Gesetzesvorlage wurde 1886 im Unterhaus eingebracht und sah die Schaffung eines irischen Parlaments und einer Exekutive vor (*devolved government*); zentrale Kompetenzen der Sicherheit, Außenpolitik und zahlreichen anderen Ressorts blieben jedoch der Regierung Seiner Majestät vorbehalten, so auch die Ernennung eines *Lord Lieutenants* als Leiter der Verwaltung. (vgl. Otto 2005³, S. 46) Dieser Vorschlag entfachte im Norden Irland schwerste Ausschreitungen, bei denen 32 Menschen starben. Der Antrag der Liberalen wurde jedoch mit Stimmen aus der eigenen Fraktion abgelehnt. Nichtsdestotrotz wurde sechs Jahre später erneut ein Home-Rule-Gesetz vorgeschlagen, das aber an der Zustimmung des Oberhauses (*House of Lords*) scheiterte.

Die darauffolgende konservative Regierung verfolgte dann eine unionistische Politik und suchte die Lebenssituation der Iren nachhaltig zu verbessern, unter anderem mit günstigen Krediten, die es Besitzern ermöglichten, ihr gepachtetes Land zu erwerben. Im

Lichte dieser Beschwichtigungspolitik rückte Home-Rule bis in die 1910er-Jahre wieder in den Hintergrund, als die Liberalen abermals die Regierung stellten und das Thema wieder auf der Agenda zu finden war. Die in Ulster konzentrierten Protestanten befürchteten im Falle eines souveränen irischen Staates Unterdrückung durch die katholische Mehrheit – sie warnten vor „*Rome Rule*“, eine Anspielung auf Rom als den Sitz des Papstes. Nachdem das Recht des absoluten Vetos des Oberhauses auf ein zweijähriges suspensives Vetorecht gestutzt worden war, erhielt der dritte Home-Rule-Gesetzesentwurf schließlich – zwei Jahre nach erstmaliger Verabschiedung durch das Unterhaus – die königliche Zustimmung durch Georg V.; der *Government of Ireland Act 1914* trat jedoch wegen zahlreicher Verschiebungen, bedingt durch den Ersten Weltkrieg, nie in Kraft.

6.1.2 Osteraufstand von 1916

Am Ostermontag, dem 24. April 1916 wurden durch paramilitärische Republikaner zahlreiche öffentliche Gebäude in Dublin besetzt. Waren die Sicherheitsbehörden anfänglich angesichts der Osterfeiertage noch zurückhaltend, trafen schon bald tausende britische Soldaten in der Hauptstadt ein. Während sich an unzähligen



Abb. 4: Aufstand in den Straßen Dublins

Plätzen der Stadt die Kämpfer der *Irish Volunteers* sowie der *Irish Citizen Army* erbitterte Kämpfe mit der Britischen Armee und der Königlichen Irischen Polizei (*Royal Irish Constabulary*) lieferten, wurde von den Nationalisten die Irische Republik ausgerufen. Mit einem Kräfteverhältnis von 1.250 zu mehr als 16.000 Mann waren die königlichen Truppen den Separatisten zwar zahlenmäßig unzweifelhaft überlegen; dennoch leisteten die Rebellen erbitterten Widerstand. Am 29. April jedoch ergaben sich die separatistischen Gruppen. Die Soldaten und Polizisten wurden anfangs noch freundlich von den Einwohnern begrüßt; auch deren Einschätzung, bei den Rebellen habe es sich um Hochverräter gehandelt, teilten sie, dienten doch zahlreiche Iren im Weltkrieg „*for King and Country*“. Doch als nach dem Ende der Gefechte 90 Todesurteile durch Militärgerichte gefällt worden waren, sank die Zustimmung zum Krieg innerhalb der irischen Bevölkerung mit jeder Hinrichtung rapide weiter. Der *Easter Rising* endete schließlich fünf

Tage nach seinem Ausbruch mit 485 Toten (wobei davon mehr als die Hälfte Zivilisten ausmachten), einer zerstörten Stadt und einem abermals zutiefst zerrütteten Verhältnis zwischen Iren und Briten.

6.2 Zwei irische Staaten

6.2.1 Irischer Unabhängigkeitskrieg (1919–1921)

Die Idee der irischen Selbstbestimmung gewann nach den Ereignissen von Ostern 1916 immer weiter an Zustimmung; in Folge dessen fuhr die republikanische Partei *Sinn Féin* (s. Kapitel 7.1.3, S. 18) einen Erdbebenrutsch bei den Unterhauswahlen 1918 ein. Sie nahmen ihre Mandate jedoch nicht an, errichteten kurz darauf eine Separatistenregierung sowie ein

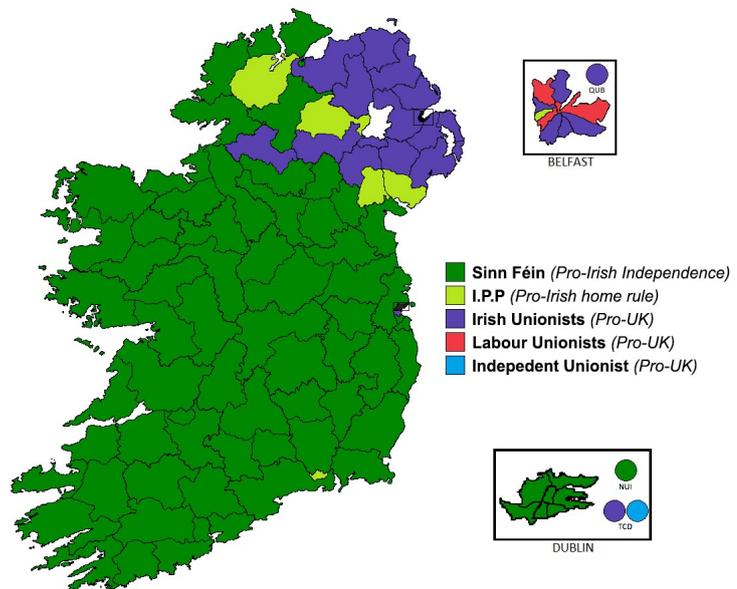


Abb. 5: Unterhauswahlergebnisse in Irland 1918

Parlament (*Dáil Éireann*) und riefen die Unabhängigkeit Irlands aus. Am selben Tag wurden zwei Beamte der RIC von Freiwilligen der IRA (*Irish Republican Army*), einer paramilitärischen Gruppierung, erschossen. Kurz darauf sahen sich deren rund 15.000 Kämpfer mehr als 40.000 britischen Soldaten, Polizisten und Sondereinsatzkräften gegenüber. Nach Ausrufung des Kriegsrechts im Süden Irlands, dem Tod von über zwei Tausend Menschen und zerstörten Stadtkernen auf der ganzen Insel wurde der **Anglo-Irische Krieg**, wie er von britischer Seite auch genannt wird, zwei Jahre nach seinem Ausbruch mit dem Anglo-Irischen Vertrag beendet.

6.2.2 Irischer Freistaat und Bürgerkrieg (1922–1923)

Mit der Unterzeichnung des Anglo-Irischen-Vertrages am 6. Dezember 1921 wurde (ganz) Irland zum ***Irish Free State***: ein unabhängiger Staat, aber als *Dominion* weiterhin innerhalb des Empires, mit dem König von England als Souverän. Nordirland aber nahm unmittelbar nach Inkrafttreten des Abkommens seine Austrittsklausel wahr und bildete von da an eine eigene Entität, die weiterhin innerhalb des Vereinigten Königreiches verblieb. Während der Ratifizierung des Vertrages kristallisierten sich in hitzigen



Abb. 6: Der Irische Freistaat (dunkelgrün)

Debatten vehemente Gegner und Befürworter innerhalb der republikanischen Kräfte heraus, woraufhin sich kurz nach der knappen Annahme des Vertrages *Pro-Treaty*- und *Anti-Treaty*-Kräfte gegenüberstanden und die Iren sich somit erneut in einem bewaffneten Konflikt wiederfanden. Die Truppen des neugeschaffenen Freistaates, mit der Unterstützung des Königs, obsiegten. Nach 16 Jahren trat im Jahr 1937 die neue Verfassung von Irland in Kraft, die eine republikanische Staatsform einrichtete und so die Herrschaft der englischen Krone über die Iren nach 800 Jahren formell und vollständig beendete.

7 Irland als Republik im 20. Jahrhundert

7.1 Die großen Parteien und ihre Geschichten

Die Geschichte der drei großen irischen Parteien beginnt um die Jahrhundertwende, als separatistische Kräfte deutlich an Zuspruch gewannen. Sie ist geprägt durch zahlreiche Abspaltungen und Neugruppierungen; die Zuordnung als Pro- oder Anti-*Treaty* ist bis heute Teil ihrer jeweiligen Identität. Waren Fine Gael und Fianna Fáil als direkte Nachkommen der im Bürgerkrieg beteiligten Seiten bis 2019 die beiden großen Parteien – die seit dem Inkrafttreten der republikanischen Verfassung 1937 abwechselnd *an Taoiseach* (den Regierungschef) stellten – sorgte Sinn Féin mit ihrem Erdrutschsieg bei den Wahlen vom 8. Februar 2020 für eine völlige Neuordnung der irischen Politik.

7.1.1 Fine Gael

Oft übersetzt mit „Familie“ oder „Stamm“ der Iren stellt Fine Gael seit Wahlen zum *Dáil* seit 2011 den Regierungschef. Obwohl die beiden großen irischen



Volksparteien dem klassischen politischen Spektrum nicht immer eindeutig zuordenbar sind, sind ihre unternehmerfreundliche Haltung und ihr Status als Gründungsmitglied der Europäischen Volkspartei Beleg für eine Einordnung als mitte-rechts. Fine Gael war im Bürgerkrieg auf Seiten der Vertragsbefürworter, d. h. der Sieger des Konflikts. Bei den Wahlen 2020 fuhren sie mit dem dritten Platz das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein.

7.1.2 Fianna Fáil

Die republikanische Partei Fianna Fáil („*Soldiers of Destiny*“) gründete sich 1926, als sich eine Gruppe von Gegnern des Abstentionismus von Sinn Féin abspaltete. Fianna Fáil gewann die Parlamentswahlen



häufiger als Fine Gael, wurde jedoch im Rahmen der Weltwirtschaftskrise 2008 nach der Phase des Keltischen Tigers (s. Kapitel 7.2, S. 18) für den massiven Einbruch der irischen Wirtschaft verantwortlich gemacht und befindet sich seither in Opposition. Auch sie

werden als mitte bis mitte-rechts beschrieben, was eine Abgrenzung zu Fine Gael sehr schwierig macht. Auf europäischer Ebene ordnen sie sich der liberalen ALDE zu.

7.1.3 Sinn Féin



Abb. 9: Sinn Féin

Wörtlich übersetzt mit „Wir selbst“ steht die Linkspartei Sinn Féin seit ihrer erstmaligen Gründung 1905 für ein vollkommen unabhängiges Irland und sind daher auch die lautesten Vertreter für eine Wiedervereinigung mit dem Norden. Ein weiteres Merkmal Sinn Féins ist außerdem der Abstentionismus, also der konsequente Verzicht auf Parlamentsmandate; galt das früher in allen gesetzgebenden Körperschaften, werden heute lediglich die nordirischen Sitze im britischen Unterhaus nicht eingenommen. Die Partei war noch nie Teil einer Regierung in der Republik, da sie von den beiden Volksparteien als zu radikal angesehen wird. Sinn Féins Präsident war während der *Troubles* Kommandant einer IRA-Einheit. (s. Kapitel 8.2.1, S. 21f)

7.2 Celtic Tiger

Mit dem Begriff *Four Asian Tigers* werden die durch Export und hoher Industrialisierung stark wachsenden Wirtschaften Hong Kongs, Singapurs, Südkoreas und Taiwans ab den 1960er-Jahren bezeichnet. Davon leitete sich „Keltischer Tiger“ als Terminus für die rapide wachsende irische Volkswirtschaft von den 90er-Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise ab 2008 ab.

Das Klima, das schrittweise zum wirtschaftlichen Boom Irlands führte, kann man vor allem auf eine Öffnung für die globalen Märkte, Investitionen in Bildung aber vor allen Dingen niedrige Steuern, gerade für Unternehmen, zurückführen. Die europaweit einzigartige Körperschaftssteuer von 12,5 % entwickelte sich über die Jahrzehnte von einer Null-Prozent-Ausfuhrsteuer bis hin zu einem zehnpromtigen Steuersatz auf Warenproduktion in den 1980er Jahren. (vgl. heritage.org, 21. März 2020)

Durch bis zu 50 % niedrigere Steuerraten als auf dem Kontinent wurde Irland innerhalb kurzer Zeit zum attraktiven Ort für Niederlassungen internationaler Unternehmen. Auch die Milliarden an Förderungen durch die Europäische Union ab den 70er-Jahren bewiesen sich und waren somit ebenfalls mitverantwortlich für einen Boom, der sich im Zeitraum 1995–2000 in einem durchschnittlichen Anstieg des BIP von 9,4 % niederschlug. Zwar verzeichnete die irische Wirtschaft mit dem Platzen der Immobilienblase 2008 eine Rezession – diese war jedoch nur von vergleichsweise kurzer Dauer, sodass man auf der grünen Insel ab 2014 wieder ein sehr starkes Wachstum verzeichnen konnte, das in der westlichen Welt bisweilen seines Gleichen sucht.

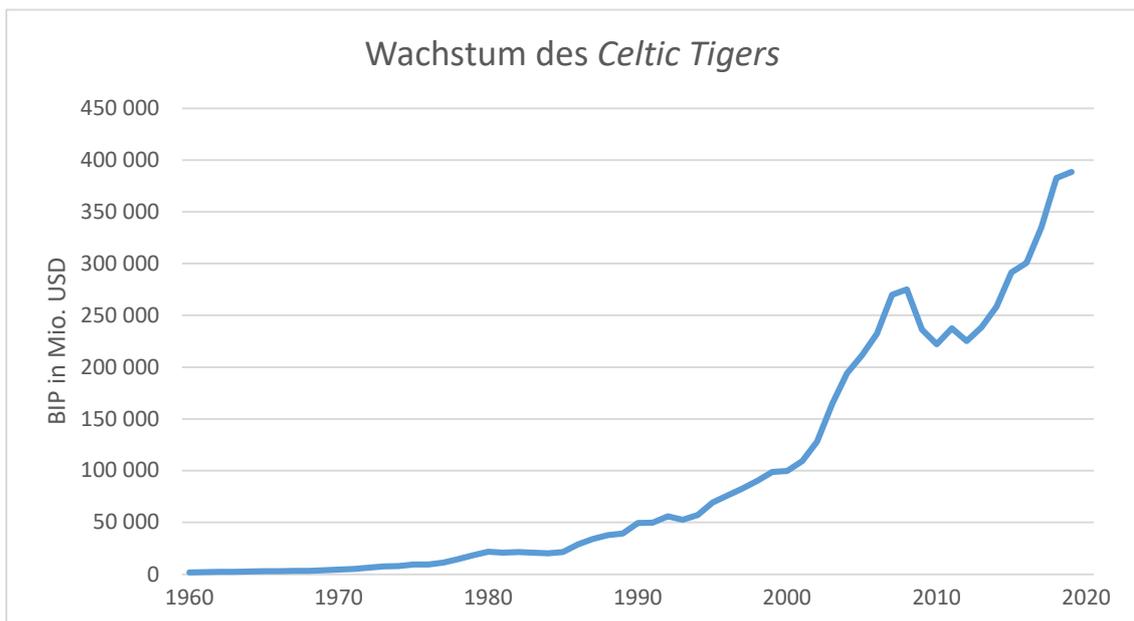


Abb. 10: BIP Irlands

8 Pulverfass Nordirland

Nach dem Ende des mit dem Koreakrieg verbundenen Wirtschaftsbooms sahen sich die drei Hauptbranchen der irischen Volkswirtschaft mit starken Arbeitsplatz- und Auftragsverlusten konfrontiert: Der Schiffbau wurde deutlich kompetitiver, die Nachfrage nach Leinen ging zurück und Rationalisierungen sorgten in der geförderten Landwirtschaft für einen starken Rückgang an Arbeitsplätzen. Nordirland war in den Fünfzigerjahren die Region des Vereinigten Königreiches mit der höchsten Arbeitslosenquote; diese war zusätzlich in prädominant katholischen Gegenden mehr als doppelt so hoch. (vgl. Otto 2005³, S. 83ff)

In vielen Bereichen in Nordirland herrschte de facto Segregation – so wurden Protestanten bei der Vergabe von geförderten Wohnungen und bei der Einstellung in staatlichen Behörden und Unternehmen bevorzugt, der Schulunterricht fand konfessionell getrennt statt. Aber auch katholische Unternehmer – die jedoch den kleineren Teil der nordirischen Arbeitgeber bildeten – stellten zumeist ausschließlich katholische Mitarbeiter an.

8.1 Flaggenkontroverse und die Rote Hand

Symbolismus spielt auch in Nordirland eine zentrale Rolle – so auch jenes der Roten Hand. Der Legende nach trug sich im elften Jahrhundert ein Bootsrennen zwischen zwei Clanführern zu; derjenige, der die angepeilte Insel zuerst erreichte, würde sie fortan zu seinem Herrschaftsbereich zählen können. Für den Anführer der O’Neills schien der Sieg aussichtslos, worauf er sich dazu entschloss seine linke Hand abzuschlagen und sie auf die Insel zu werfen, um sie so als erster „erreicht“ zu haben. 900 Jahre später ist dieses Symbol nach wie vor in den offiziellen Insignien der Provinz Ulster mit senffarbenem Hintergrund zu sehen und ist prinzipiell nicht definitiv den Nationalisten oder Unionisten zuordenbar.

Fußballfans könnte hingegen die Flagge in Abbildung 11 bekannt erscheinen. Denn die nordirische Nationalmannschaft tritt mit ihr bei internationalen Spielen an, obwohl es sich hierbei keineswegs um die offizielle Flagge Nordirlands handelt – eine solche gibt es nämlich nicht. Das Banner wurde zwar von 1953 (zu Ehren der Krönung Königin

Elisabeths II.) bis 1972 von der neugeschaffenen Nordirlandregierung verwendet, jedoch gemeinsam mit dieser wieder abgeschafft. Durch die heraldische Krone und die Verwendung der Roten Hand steht diese Flagge für viele Republikaner als Symbol der *Ulster Loyalists*. Seitdem ist der *Union Jack* die einzige staatliche Flagge in Nordirland, was von beiden Seiten immer wieder zu Rufen nach einer neuen, neutralen Fahne für den Landesteil führt.

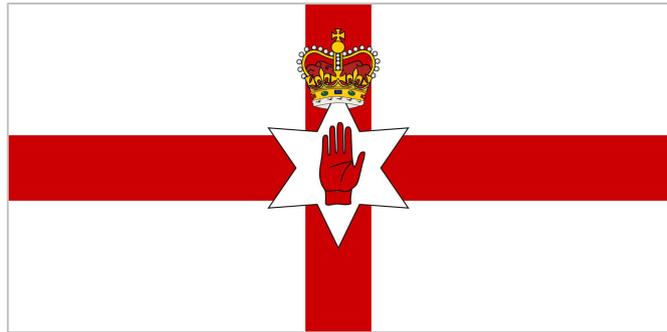


Abb. 11: Flagge Nordirlands (1953–1972)

8.2 Die Konfliktparteien und ihre politischen Positionen

8.2.1 Republikaner (*Irish Republicans*)

Im Jänner 1967 wurde die *Northern Ireland Civil Rights Association* durch Vertreter aller in Nordirland aktiven Parteien, jedoch überwiegend von Katholiken, gegründet. Sie machte sich zum Ziel, gegen die ungerechte Wohnungsvergabe für Katholiken, aber auch gegen *Gerrymandering* (Ziehung von Wahlbezirken nach ethnischen Kennzahlen, um in möglichst vielen Bezirken eine gewollte Mehrheit sicherzustellen) zu demonstrieren.

Die Sozialdemokratische und Arbeiterpartei *Social Democratic and Labour Party* entstand im August 1970 aus Vertretern verschiedener anderer sozialistischer Parteien; sie tritt ebenfalls für eine Unifikation Irlands ein. Einer der Gründer, John Hume, erhielt für die Arbeit am Karfreitagsabkommen 1998 gemeinsam mit dem Chef der *Ulster Union Party* den Friedensnobelpreis.

Unter dem Namen *Irish Republican Army* kämpften im Laufe des 20. Jahrhunderts verschiedene paramilitärische Gruppierungen für ein unabhängiges bzw. vereintes Irland, in Zeiten der *Troubles* agierten aber vor allem die *Official IRA* und die *Provisional IRA*. Während sich die Vertreter der OIRA für eine friedliche Lösung einsetzten (zumindest bis zum *Bloody Sunday*), waren die Mitglieder der PIRA davon überzeugt, dass ihr Ziel

nur gewaltsam erreicht werden kann. Sie war in den 30 Jahren des inneririschen Konflikts verantwortlich für 1.200 Tote und galt als größte Gruppe auf Seiten der Republikaner.

Im Dezember 1974 gründeten ehemalige Mitglieder der OIRA, die mit deren Waffenstillstand nicht einverstanden waren, die **Irish National Liberation Army**, eine paramilitärische Gruppierung mit dem Ziel einer vereinten sozialistischen Republik Irland.

8.2.2 Unionisten (*Ulster Loyalists*)

„*For God and for Ulster*“ ist der Wahlspruch der 1966 gegründeten **Ulster Volunteer Force**, deren Name und Insignien ident mit jenen der UVF aus dem Jahre 1912 sind, die dazumal gegen Home-Rule eintrat. (s. Kapitel 6.1.1, S. 13f) Sie ist verantwortlich für 500 Tote und war eine führende Kraft auf Seiten der Loyalisten. Das **Red Hand Commando** ist eine weitere Ulster-Miliz, deren Bezeichnung sich von der Roten Hand (s. Kapitel 8.1, S. 20f) herleitet.

Die **Ulster Defence Association** war die zweite größere Gruppe auf Seiten der der Unionisten. Gegründet 1971 war es ihr erklärtes Ziel, die Gebiete der *Ulster Loyal Protestants* zu verteidigen.

8.3 Staatliche Akteure

Die dritte Gruppe schließlich bildeten die Behörden, namentlich die **British Army**, die als neutrale Kraft mit der Wiederherstellung des Friedens betraut war, die **Royal Ulster Constabulary** und die äußerst umstrittene Sondereinheit **B-Specials** der **Ulster Special Constabulary**, die ausschließlich aus Loyalisten bestand.

8.4 Meilensteine der Eskalation

Am 5. Oktober 1968 fanden sich 400 Demonstranten von NICRA in Londonderry zu einer Kundgebung ein. Obwohl die Menschenmenge sich nach dem Halten vor einer Polizeibarrikade völlig friedlich verhielt, griffen Beamte der RUC die Demonstranten mit

Schlagstöcken an und jagten sie in das katholische Viertel Bogside, in der sich eine brutale Auseinandersetzung entfachte:

[E]s war nicht das erste Mal, dass nordirische Sicherheitsorgane auf diese Weise handelten; zum ersten Mal jedoch nahm die Öffentlichkeit außerhalb Nordirlands wahr, was dort geschah. Das ist auch der Grund dafür, dass dieser Tag gemeinhin als Startpunkt der „Troubles“ bezeichnet wird. (Otto 2005³, S. 89)

Obwohl kurz nach der *Battle of the Bogside* in der Bevölkerung auf Zustimmung treffende politische Maßnahmen ergriffen wurden um die Diskriminierung einzudämmen, kam es im Jänner 1969 bei einer Demonstration einer Studentenorganisation zu erneuten Ausschreitungen, bei denen Mitglieder der *B-Specials* der USC als Angreifer enttarnt wurden, die auch nach dem Ende der Demonstration die Bogside verwüsteten. In Folge verloren die Sicherheitskräfte massiv an Vertrauen und die britische Armee wurde entsandt – und von den Nordiren als unparteiisch freudig empfangen. In Belfast und Derry herrschten mittlerweile kriegsähnliche Zustände; *No-Go-Areas* wurden eingerichtet, in denen die Sicherheitskräfte keinen Zutritt hatten und stattdessen katholische Bürgervereinigungen für Ordnung sorgten. Die IRA kam damals nicht zu ihrer Verteidigung. Nach deren Trennung in OIRA und PIRA wurden letztere wieder aktiv, was die Sicherheitsbehörden mithilfe von Internierungslagern zu unterbinden versuchten. Die PIRA-Kämpfer konnten entkommen und die Kämpfe flammten erneut auf, brutaler denn zuvor. Die Gewalt gipfelte am 30. Jänner 1972 im *Bloody Sunday*, als Soldaten bei einem Protest gegen „*internment without trial*“ 14 unbewaffnete Zivilisten erschossen. In weiterer Folge wurde die OIRA (wieder) terroristisch aktiv und verübte dutzende Anschläge auf die Zivilbevölkerung. Unzählige weitere Anschläge der PIRA, gebrochene Waffenstillstände und ein fehlgeschlagener Versuch der Wiederrichtung nordirischer Selbstherrschaft kennzeichneten die folgenden zwei Jahrzehnte.

8.5 Das Karfreitagsabkommen und seine Auswirkungen

Erste Anstrengungen den Konflikt zu beenden, der insgesamt rund 3.600 Todesopfer forderte, wurden bereits zu Anfang der Neunzigerjahre gemacht. Es dauerte jedoch bis zum 10. April 1998, als der aus zwei Teilen bestehende Karfreitags- oder Belfastvertrag unterzeichnet wurde: Zum einen das *Multi-Party Agreement* zwischen den politischen Parteien, das den Großteil der inhaltlichen Übereinkommen festlegt und zum anderen das *British-Irish Agreement*, das als internationales Abkommen der beiden Regierungen die notwendigen legislatischen Vorkehrungen trifft. Der Vertrag wurde in Nordirland mit 71 % und in Irland mit 94 % in Referenden ratifiziert. Das *Good Friday Agreement* sorgt im Wesentlichen für vier Dinge:



Abb. 12: Exemplar des GFA, unterzeichnet von allen Verhandlungsparteien

- Es erkennt den momentanen Willen der nordirischen Mehrheit an, Teil des Königreiches zu bleiben;
- es schafft eine nordirische Legislative und Exekutive sowie diverse Räte und Komitees zur Kooperation zwischen dem Norden und dem Süden, als auch Irland und Großbritannien;
- es legt eine Neuaufstellung des Polizei- und Justizsystems vor und verordnet die Einziehung aller Waffen von Paramilitärs;
- es setzt die Aussöhnung aller Menschen an höchste Stelle: „*The achievement of a peaceful and just society would be the true memorial to the victims of violence.*“ (dfa.ie, 4. Februar 2020)

Gleich zu Anfang wird von einem „*fresh start*“ für die inner- und anglo-irischen Beziehungen gesprochen. Die Vereinigung von Nord und Süd wird ausdrücklich als Option

anerkannt, wenn das der auf demokratischem Wege erklärte Wille der Nordiren ist – ein derartiges Referendum kann aber nur dann einberufen werden, wenn der *Secretary of State for Northern Ireland* eine Mehrheit dafür zu erkennen vermag. Sollte das geschehen, ist die Umsetzung des Referendum-Ergebnisses für beide Staaten obligatorisch.

Der Friedensprozess gestaltete sich sehr schwierig. Erst nach einem verheerenden Attentat der *Real IRA* im August 1998 wurde ein Waffenstillstand bis auf wenige Ausnahmen eingehalten. Die nordirische Selbstverwaltung wurde seit ihrer Schaffung fünf Mal suspendiert, erst seit Jänner 2020 gibt es wieder Legislative und Exekutive. Und obwohl nun endlich bis auf wenige Ausnahmen nordirischer Frieden herrscht, ist er ein fragiles Konstrukt, das zwar mit jedem Jahr gefestigter wird, aber nichtsdestotrotz Tag für Tag neu erkämpft werden muss.

9 Die Brexit-Abstimmung Camerons

9.1 Wirtschaftliche und politische Hintergründe

Am 1. Jänner 1973 trat das Vereinigte Königreich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei. Schon damals war weniger ein europäisches Solidaritätsgefühl der Völkerverständigung sondern schlicht finanzielle Notwendigkeit ausschlaggebend für den Beitritt. Bereits zwei Jahre darauf wurde ein Referendum über den Verbleib abgehalten: Obwohl damals in weiten Teilen bereits die gleichen Pro- und vor allem Contra-Argumente wie 2016 vorgebracht wurden, stimmten 1975 noch zwei Drittel der Briten für den Verbleib. Vierzig Jahre später bleibt die kühle, pragmatische Haltung der Briten zu einer europäischen Gemeinschaft großteils unverändert. Es steht aber außer Zweifel, dass die Wirtschaft in Großbritannien vom Zugang zum Binnenmarkt profitiert hat. Laut Nick Crafts, einem Wirtschaftshistoriker, hat die EU-Mitgliedschaft das BIP Großbritanniens um zehn Prozent gesteigert. (vgl. fullfact.org, 22. Februar 2020) Auch *HM Treasury* veröffentlichte Daten, aus denen sie schlussfolgerten, dass das Vereinigte Königreich nach einem EU-Austritt permanent ärmer würde.

Aber auch die geschichtlichen Aspekte sind nicht uninteressant. Im Gegensatz zum überwiegenden Teil der kontinentalen EU-Politiker hatte die Europäische Gemeinschaft für die Briten keinen emotionalen Wert – denn während Mitteleuropa Jahrzehnte lang unter Besatzung und diktatorischen Regimen litt, war das Vereinigte Königreich nur militärisch und seine Bürger somit nur mittelbar beteiligt.

9.2 Camerons Nachverhandlungen mit der EU

David Camerons Standpunkte bezogen auf die EU waren nie eindeutig – jedenfalls sein Ziel waren dennoch Nachverhandlungen mit der Union und damit einher gehende Besserstellungen für Großbritannien und ein anschließendes Referendum über den Verbleib oder Austritt. Weiters sprach er sich für einen neuen EU-Vertrag aus, doch erkannte nicht, dass seine Methoden unwirksam waren: Anstelle von Kooperation mit den

EU-27 setzte Cameron auf Drohungen. Er bewirkte damit noch etwas anderes: Er machte einen EU-Austritt zu einem akzeptablen Thema und ihn damit politisch salonfähig. Anstatt bei den europäischen Partnern für neue Allianzen zu werben, ließ er deren Interessen außer Acht und drohte stattdessen abermals mit einem Austritt. Im Februar 2016 wurde im Europäischen Rat über Camerons neue, weitaus weniger drastische Forderungen verhandelt. Nach einer 24-Stunden-Sitzung schrieb er einem seiner Berater: *„Frankly, after a day and a half of talks with these people, even I want to leave the EU. I’m getting nowhere, I might have to walk away.“* (Adam 2019, S. 107)

Zu seinen Errungenschaften zählten schließlich, dass das UK nicht länger zur „immer engeren Union der Völker Europas“ (Art. 1 EUV) verpflichtet war, dass die Parlamente von 55 % der EU-Bevölkerung den Rat dazu zwingen können Beschlüsse erneut zu debattieren und, dass Sozialleistungen für Migranten reduziert wurden. Obgleich Cameron dieses Ergebnis als Sieg verkündete, waren seine ursprünglich hochgesteckten Erwartungen mitnichten erfüllt worden.

9.3 Aufstieg der UKIP

Die *UK Independence Party* wurde 1993 mit einem Ziel gegründet: Das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union zu bringen. Obwohl UKIP bei Europawahlen mit den großen Parteien mithalten konnte, von der steigenden EU-Skepsis profitierte und 2014 sogar den ersten Platz erreichte, konnten sie trotz 12,6 % der Stimmen



Abb. 13: Logo von UKIP

bei den folgenden Unterhauswahlen nur ein Mandat gewinnen. Nach dem Referendum verlor die Partei jedoch ihren Anführer Nigel Farage und fiel abermals in die Bedeutungslosigkeit. Von Seiten der UKIP wurde den *Tories* regelmäßig vorgeworfen, ihre Agenda zu kopieren – ein Vorwurf, der angesichts des Brexit-Kurses von May („*Brexit means Brexit*“) und Johnson („*Getting Brexit Done*“) durchaus legitim scheint.

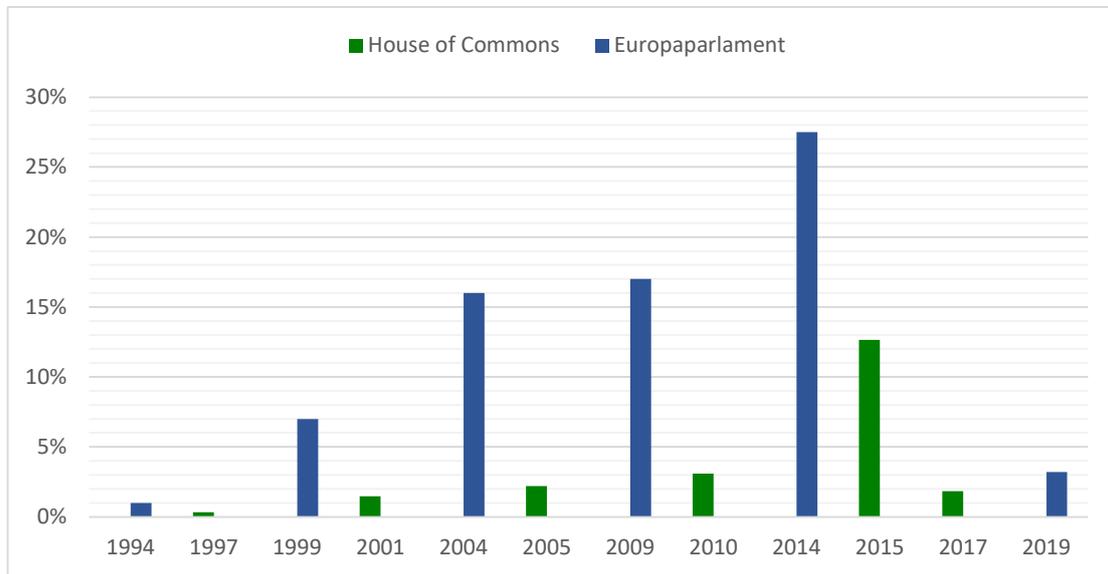


Abb. 14: Wahlergebnisse von UKIP

9.4 Das Referendum – Ergebnisse und Kritik

Am 23. Juni 2016 waren 46,5 Millionen Menschen aufgerufen, die Abstimmungsfrage „Should the United Kingdom remain a member of the European Union or leave the European Union?“ mit „Remain“ oder „Leave“ zu beantworten. Schließlich entfielen 51,89 % der gültig abgegebenen Stimmen auf den Austritt – aber von den vier Landesteilen (und Gibraltar) fand sich nur in England und Wales die ausschlaggebende Mehrheit. Doch das Referendum und vor allen Dingen seine Durchführung stand rasch in der Kritik: Zum einen waren zwar Commonwealth-Staatsbürger mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich, nicht jedoch die 3,7 Mio. Unionsbürger sowie Bürger der Insel Man, wahlberechtigt. Obwohl das Empire seit Jahrzehnten Geschichte ist, ist deutlich erkennbar, dass der Hang zur Reminiszenz der Briten nach wie vor stärker wirkt als ein knappes halbes Jahrhundert in der EU.

Zum anderen wurde das Fehlen eines Anwesenheits- und eines höheren Zustimmungsquorums bemängelt. Bei einem Devolutionsreferendum in Schottland 1979 beispielsweise lauteten zwar 51,6 % der gültigen Stimmen auf „Ja“; die Maßgabe, dass mindestens 40 % der Stimmberechtigten dem Gesetz zustimmen mussten, verhinderte jedoch ein Inkrafttreten. Zusätzlich dazu war die Senkung des Wahlalters auf 16 (wie in Schottland) gefordert worden – erfolglos. Diese und weiteren Kritikpunkte lassen nach wie vor Zweifel an der demokratischen Legitimität des Referendums aufkommen.

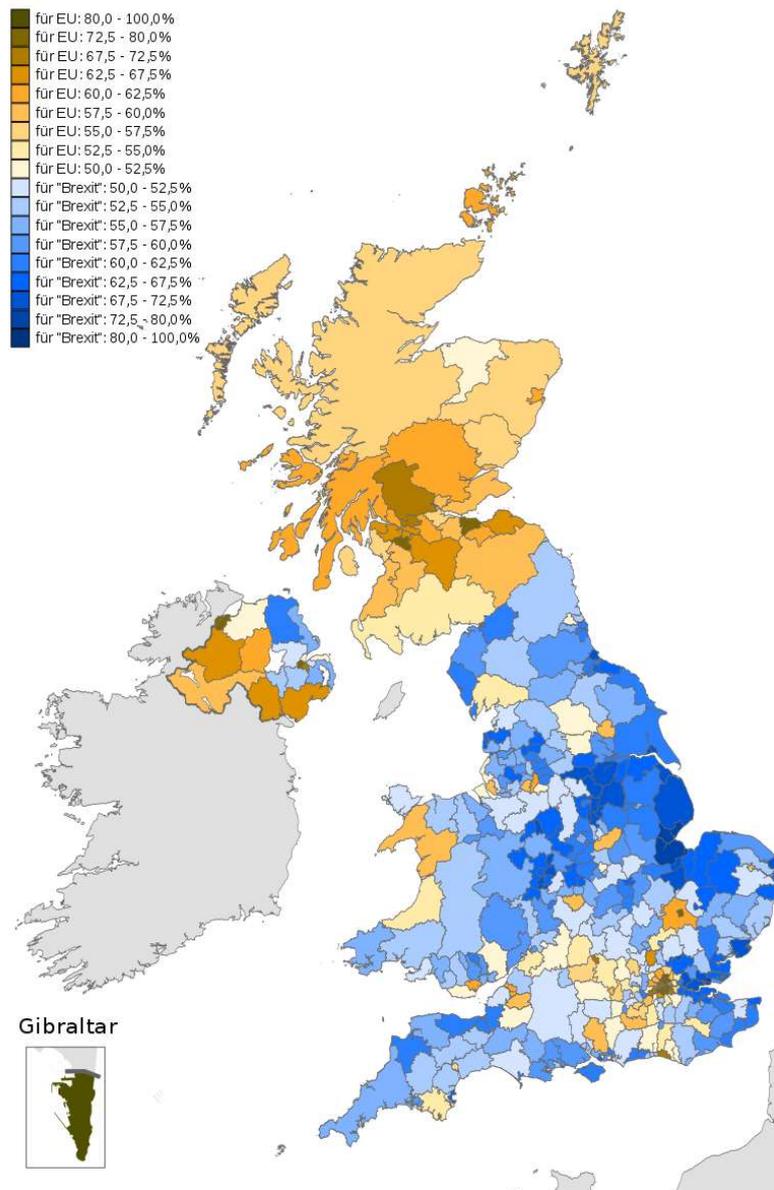


Abb. 15: Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen

10 Die Verhandlungen zwischen EU und May

Vor ihrer Zeit als Premierministerin diente Theresa May als Innenministerin unter David Cameron. Während dieser Zeit erreichte sie den Austritt aus 133 polizeirechtlichen EU-Bestimmungen, nur um dann 35 davon einseitig wieder zu verordnen. So gelang es ihr, indirekt „*Cherry Picking*“ zu betreiben. Was May jedoch zunächst nicht zu erkennen vermochte, war die Tatsache, dass diese Taktik bei den EU-Austrittsverhandlungen vier Jahre später nicht funktionieren würde.

10.1 Artikel 50: Politisches Neuland

Mit der Erklärung gemäß Artikel 50 des EU-Vertrages (s. Anhang, S. 79) am 29. März 2017 setzte Premierministerin May offiziell die zweijährige Ausstiegsfrist – und damit die Verhandlungen – in Kraft. Rein prinzipiell waren schon die eigentlichen Gründe für den Einbau des Artikels problematisch, denn er entstand aus einer proeuropäischen Idee: Um das mediale Bild des „Gefängnis EU“ zu entkräften. Darüber hinaus ist die Länge des Artikels mit einer halben Seite für EU-Verhältnisse äußerst knapp bemessen.

[E]s hat aber keine der damals verhandelnden Parteien jemals geglaubt, dass dieser jemals schlagend wird. [...] Würde man den Artikel 50 heute noch einmal schreiben, dann hätte er sicher sechs oder sieben Seiten.

(Anhang, Interview, S. 77)

10.2 Fünf Vorbilder

„*Brexit means Brexit*“ wurde rasch zum Motto der britischen Verhandlungen – doch in dieser Worthülse besteht enorm viel Interpretationsspielraum, weil „es nämlich weniger darauf ankommt, ein ‚Nein‘ zur EU zu sagen, sondern zu definieren, wozu man eigentlich ‚Ja‘ sagt.“ (Adam 2019, S. 63) So standen anfänglich fünf verschiedene Vorbilder als Anhaltspunkte für die Ausarbeitung einer zukünftigen Beziehung zu Verfügung:

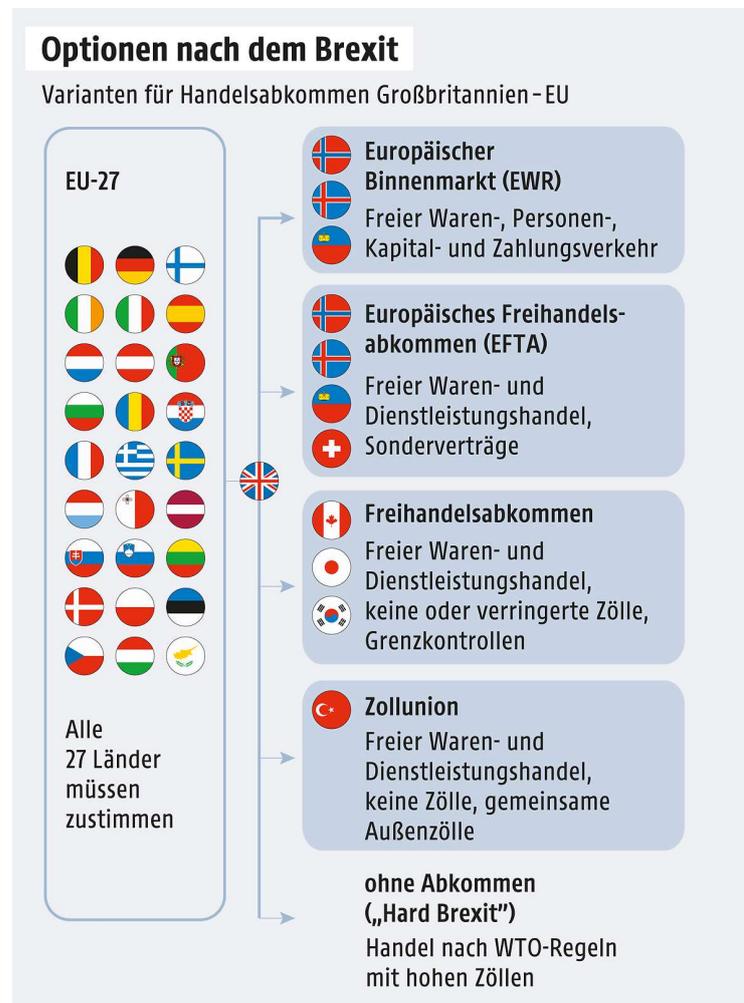


Abb. 16: Übersicht möglicher Post-Brexit-Optionen

- **Norwegen** hatte mehrmals den EU- bzw. EG-Beitritt abgelehnt, ist jedoch EWR-Mitglied und befindet sich im Schengenraum. Unter dieselben Regelungen fallen überdies Island und Liechtenstein.
- Die **Schweiz** befindet sich zwar nicht im EWR, stellt aber neben den oben Genannten das vierte EFTA- Mitglied dar und befindet sich ebenfalls im Schengenraum. Die Handelsbeziehungen zur Europäischen Union werden durch eine Vielzahl an einzelnen Verträgen geregelt, die mangels automatischer Anpassungsklauseln ständiger Nachverhandlungen bedürfen. (vgl. Adam 2016, S. 169)
- Mit der **Türkei** unterhält die EU eine Zollunion, an der auch die Kleinstaaten Andorra, Monaco und San Marino beteiligt sind. So stellt die Türkei eine Zoll-

Außengrenze zu Asien dar; im Gegensatz zu den EWR-Staaten leistet sie keine finanziellen EU-Beiträge, profitiert jedoch auch nicht an durch Drittstaaten der EU gewährten Vergünstigungen.

- Dem **Kanada-Modell** liegt der Freihandelsvertrag CETA zugrunde, der trotz siebenjähriger Verhandlungen nach wie vor – mangels vollständiger Ratifikation durch alle Nationalparlamente der EU – nicht in Kraft getreten ist. In diesem Szenario werden lediglich mögliche Wirtschaftsbeziehungen angedacht; Reise- und Niederlassungsregelungen bleiben hier offen.
- Im Falle des Auslaufens der Übergangsphase ohne Abkommen würden die – auch in einem Hard-Brexit-Szenario bereits kolportierten – Regeln der **Welthandelsorganisation** greifen. Im Grunde genommen hieße das, dass das Vereinigte Königreich mit der EU auf dieselbe Art und Weise handeln müsste, wie mit einem Drittstaat, mit dem es keinerlei Handelsabmachung getroffen hat.

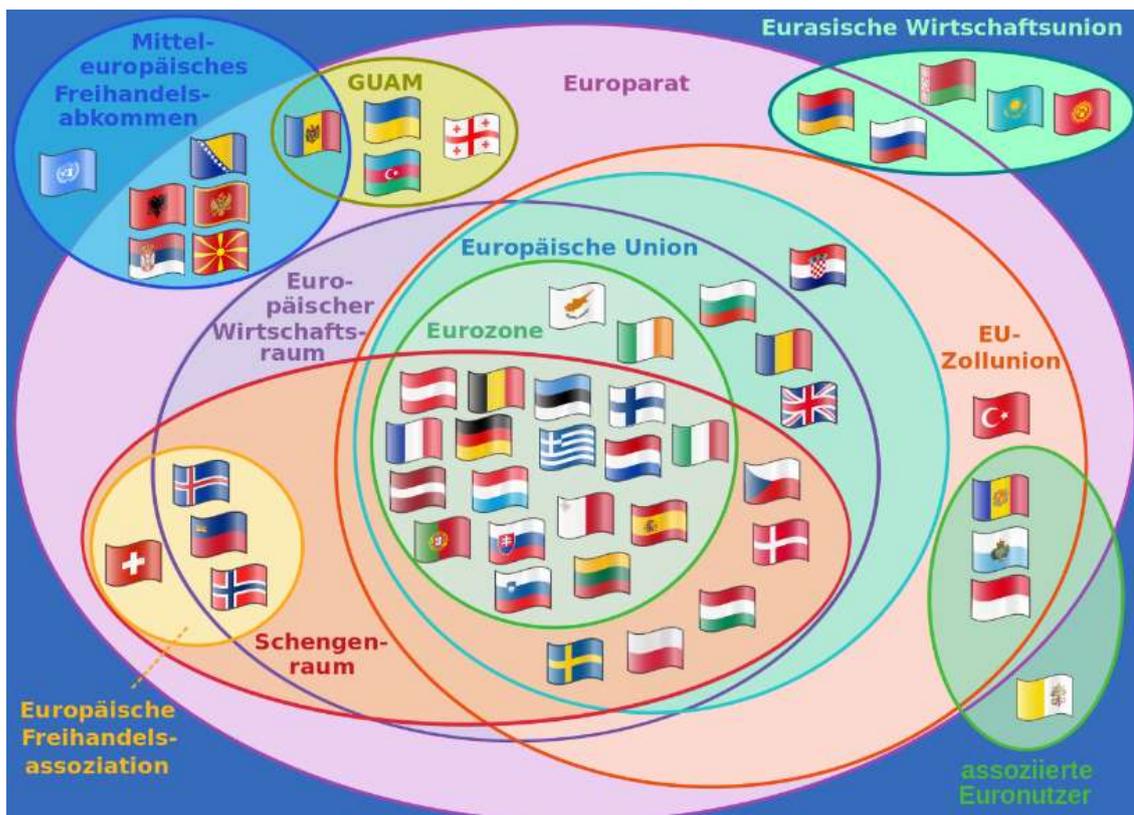


Abb. 17: Venn-Diagramm der wichtigsten Staatengemeinschaften in Europa

11 Boris Johnsons politische Agenda

11.1 Brexit

Kurz nach dem entscheidenden Referendum im Juni 2016 und dem dadurch verursachten Rücktritt von James Cameron, holte sich dessen Nachfolgerin Premierministerin Theresa May im Juli 2016 Alexander Boris de Pfeffel Johnson als Außenminister (eng. *Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs*) in ihr Kabinett. Am Tag seines Amtsantritts wurden zudem zwei neue *Departments* – das Ministerium für den Austritt aus der Europäischen Union (Brexit-Ministerium) und das Ministerium für Internationalen Handel – geschaffen, die beide den Aufgabenbereich des Außenamtes beschnitten. Weiters erschwerten es die von Amts wegen notwendigen, zahlreichen Reisen ins Ausland Johnson, Hinterbänkler (*Backbenchers*) im Unterhaus bei etwaigen Abstimmungen gegen May zu mobilisieren – schließlich galt Johnson nicht gerade als Fan der Regierungschefin.

Am Valentinstag 2018 hielt Außenminister Johnson unter dem Motto „*Uniting for a Great Brexit*“ eine umfassende Rede. Er nimmt darin Bezug auf drei Arten der durch den Brexit hervorgerufenen Besorgnis innerhalb der Bevölkerung und wie sie beschwichtigt oder gar als Chance genützt werden können. Zunächst spricht er von **strategischer Angst** als der Tatsache, dass der Schutz Großbritanniens, als Insel die weniger als ein Prozent der Weltbevölkerung darstellt, nur innerhalb einer europäischen Gemeinschaft funktionieren kann und ebendiese Gemeinschaft auch gleichermaßen von der von Britannien ausgehenden Sicherheit abhängig ist. Als **ästhetische oder spirituelle Angst** definiert Johnson die Abkehr von den Errungenschaften europäischer Zivilisation und das Aufgeben der europäischen Identität; für Menschen mit diesen Sorgen stellte das Austrittsvotum eine Stimme für Ausländerfeindlichkeit und Engstirnigkeit auf der ideologischen, und eine Verschlechterung der Möglichkeiten um im EU-Ausland zu leben, zu studieren, zu arbeiten, auf der praktischen Seite dar. Die dritte Art der Befürchtungen ist die medial am häufigsten kolportierte: die **Angst vor wirtschaftlichem Schaden**. Der

bevorstehende Brexit lässt in der Bevölkerung die Befürchtung aufkommen, er könne den Wohlstand der Bürger reduzieren und Investitionen in Unternehmen schwächen.

Gemäß Johnsons Ansicht, der Brexit müsse nicht nationalistisch sondern könne internationalistisch sein, sieht er im EU-Austritt – in seinen durch ihn beschriebenen drei Sphären der Sorge – eine Chance für das Vereinigte Königreich und eine Möglichkeit, als souveräne Nation in Kooperation mit der EU zu agieren:

Wir werden weiterhin – praktisch als auch psychologisch – Europäer bleiben, weil unser Status als einer der großen Beitragenden zu europäischer Kultur und Zivilisation – und unser Status als einer der Garanten für die Sicherheit Europas – einfach nicht vom Vertrag von Rom abhängig ist [...]. (www.gov.uk, 4. Jänner 2020e, übersetzt von Happerger)

Mit dem Argument, dass mehr Briten als je zuvor in Australien, Kanada und den USA leben als in der Europäischen Union, versucht Johnson diejenigen zu beschwichtigen, die sich mit dem Austritt aus der EU um die damit verlorene Freiheit des Personenverkehrs sorgen. Auch in diesem Feld wird die Aussicht auf bilaterale Abkommen mit anderen Staaten als Grund und Chance des Brexits angeführt. EU-Projekte für Studierende wie *Erasmus* könne Großbritannien auch als Nichtmitglied unterstützen und nützen.

Die Richtlinien und Verordnungen der EU – die den *Brexiters* nach wie vor als wichtigste Gründe für einen Austritt dienen – beschreibt Boris Johnson aufgrund deren für einfache Bürger undurchsichtigen und überdetailliert wirkenden Charakter als „spezielle Art von Gesetz, so wie nichts anderes auf der Erde.“ (www.gov.uk, 4. Jänner 2020e, übersetzt von Happerger)

11.2 One-Nation-Konservatismus

Auf Englisch *one-nationism* genannt, bezeichnet der One-Nation-Konservatismus eine politische Ausrichtung innerhalb der *Tories*, der Konservativen Partei in Großbritannien (daher gelegentlich auch als „*Tory democracy*“ bezeichnet). Der Begriff entstand am Ende des 19. Jahrhunderts und wurde vom damaligen Premierminister Benjamin Disraeli

geprägt. Der Begriff *one-nation* verlangt als ideologisches Ziel naturgemäß eine gegenteilige Situation, in der die Nation geteilt war – Disraeli erkannte diese Teilung zwischen Arm und Reich. Sie wurde verursacht durch die Industrialisierung, die zwar eine noch nie dagewesene wohlhabende Mittel- und Oberschicht, aber jedoch auch bittere Armut in der Arbeiterschicht hervorbrachte. Zur Verbesserung dieser Problematik (zu der auch die rapide Expansion des britischen Kolonialreichs unter Königin Victoria einen erheblichen Beitrag leistete) appellierte Disraeli an die Aristokraten, ihre Stellung und politische Macht zu nützen, um die tiefen Gräben zwischen den reichen und armen Bevölkerungsschichten zu schließen und somit die Nation zu einen.

Dieses sozialpolitische Konzept stand konträr zu Karl Marx' Theorien, die einen Klassenkrieg, d. h. den Aufstand des Proletariats gegen die Oberschicht, als wirksamste Lösung für die Ungleichheit in Zeiten der Industrialisierung verstanden.

Sowohl Teresa May als auch Boris Johnson haben sich wiederholt als Befürworter des One-Nation-Konservatismus deklariert; der Begriff wurde jedoch auch von Labour-Leader Jeremy Corbin bei den Unterhauswahlen 2019 wiederholt verwendet.

11.3 Wirtschaftspolitische Ziele

Kurz nach seiner Ernennung zum Premierminister durch Königin Elisabeth II. im Juli 2019 verkündete Boris Johnson mit dem Neologismus *Boosterism* (dt. etwa „Boosterismus“) seine wirtschaftlichen Ambitionen, die der in Großbritannien lang eingesetzten Austerität ein Ende bereiten sollen. „Booster“, als Begriff für den Antrieb einer Rakete, steht für eine expansive Fiskalpolitik: Mehr Geld für die Polizei, ein Milliarden-Pfund-Paket für das britische Gesundheitssystem NHS. Davon erhoffen sich Johnson und sein Finanzminister (*Chancellor of the Exchequer*) Sajid Javid eine stärkere Volkswirtschaft, die in kurz- und mittelfristiger Zukunft auch von den Konsequenzen des Brexits weniger Schaden nehmen wird.

Trotz dieser Pläne ist anzunehmen, dass die Zeit nach dem Austritt aus der EU für das Vereinigte Königreich nicht unbedingt einfach werden wird: Eine Analyse des englischen

Institut *The UK in a Changing Europe* hat prognostiziert, dass das durchschnittliche Einkommen pro Kopf (mit adjustierter Produktivität) mit Johnsons Austrittsvertrags-Vorschlag um 6,4 % sinken wird – Zum Vergleich: Mit dem im Unterhaus drei Mal abgelehnten Vorschlag der damaligen Premierministerin Teresa May wäre die Reduktion mit –4,9 % weit weniger deutlich. Beide Konzepte für die weitere wirtschaftliche Beziehung mit der EU sind dennoch deutlich verkraftbarer für die Briten als ein „Rückfall“ auf die Standard-Wirtschaftsbeziehungen der WTO, der mit –8,1 % beziffert wurde.

11.4 Zusammenhalt des Königreiches

Boris Johnson hat bei zahllosen Gelegenheiten betont, dass er für ein Vereinigtes Königreich steht und für alle Engländer, Waliser, Schotten und Nordiren gleichermaßen kämpfen wolle. In diesem Zusammenhang schuf er zwei Tage nach seinem Einzug in 10 Downing Street das Amt des Ministers für die Union, welches er nun zusätzlich zu den von Amts wegen dem Premierminister zustehenden Titeln *First Lord of the Treasury* und *Minister for the Civil Service* trägt; für seine Arbeit als *Minister of the Union* sind seit Dezember 2019 zusätzlich zehn Millionen Pfund budgetiert. Naturgemäß beschwichtigte diese Kreation jedoch nicht die Befürworter eines unabhängigen Schottlands; Kirsty Blackman, Unterhaus-Abgeordnete der Schottischen Nationalpartei SNP, sagte dazu:

No amount of cynical rebranding can disguise the fact that Scotland is being completely ignored by Westminster, and our interests are being sidelined by the most extreme, right-wing Tory government since Thatcher.

(independent.co.uk, 4. Jänner 2020)

12 Der „Back Stop“

12.1 Aktuelle Entwicklungen

Schon zu Beginn der Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU wurde durch den „Back Stop“ sichergestellt, dass es an der irischen Grenze zu keiner physischen Barriere kommt. Dies umzusetzen war jedoch eine gewaltige Herausforderung für beide Verhandlungspartner, da Nordirland die einzige Landgrenze des Vereinigten Königreiches zur EU darstellt. Der von Boris Johnson verhandelte Austritts-Vertrag ersetzte den „Back Stop“ durch eine Alternative Lösung, die jedoch auch eine harte Grenze verhindert.

The new arrangements for Northern Ireland are complex, and while it will enjoy preferential access to both EU and British markets, the nature of this relationship will be greatly influenced by the future EU-UK deal. While the ‘backstop’ was an insurance policy, the current Protocol is envisaged as a permanent solution [...]. After the transition period, Northern Ireland will legally remain in the UK customs territory but will apply the Union Customs Code. This means that all goods entering Northern Ireland must comply with EU rules. Goods moving from Great Britain to Northern Ireland will have EU duties charged if there is a risk of the product entering the EU or undergoing processing in Northern Ireland. This could potentially cover very large amounts of Northern Ireland imports. The details of the arrangements will be defined by an EU-UK Joint Committee before the end of the transition period. (www.ibec.ie, 20. März 2020)

Das Protokoll zu Irland und Nordirland stellt eine rechtlich praktikable Lösung dar, die eine harte Grenze auf der irischen Insel vermeidet, die Wirtschaft auf der gesamten Insel schützt, das Karfreitagsabkommen (Belfaster Abkommen) in all seinen Aspekten aufrechterhält und die Integrität des Binnenmarktes wahrt. (Europäische Kommission 2020, S. 13)

13 Bilaterale Verträge mit Trumps USA

Die USA sind mit einem geschätzten Handelsvolumen von über 160 Mrd. £ der größte einzelstaatliche Handelspartner des Vereinigten Königreiches.[...] Mit schätzungsweise einer Billion US-Dollar investiert in der Volkswirtschaft des jeweilig anderen, sind das Vereinigte Königreich und die USA wechselseitig ihre größten Geber ausländischer Direktinvestitionen. (House of Commons International Trade Committee 2018, S.3, übersetzt von Happerger)

Im Jänner 2017 diskutierten US-Präsident Donald Trump und die damalige Premierministerin Theresa May über ein zukünftiges Handelsverhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten; parallel dazu wurde eine bilaterale Arbeitsgruppe gegründet, die beauftragt wurde, um Wege zur Stärkung von Handels- und Investmentbindungen zwischen den zwei Ländern zu erkunden. Am 16. Oktober 2018 informierte Trumps Kabinett den Kongress offiziell über die Absicht, die Handelsabkommens-Verhandlungen mit dem UK aufzunehmen, um tarifäre sowie nichttarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen. (vgl. Akhtar 2020, S. 2)

„Es lässt sich erwarten, dass durch ein Handelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich das UK-Bruttoinlandsprodukt langfristig um 0,1 % bis 0,3 % ansteigen wird.“ (House of Commons International Trade Committee 2018, S. 3, übersetzt von Kurtin) Letztlich hängt der wirtschaftliche Erfolg eines UK-US-Freihandelsabkommens jedoch vom Grad des Abbaus von regulatorischen Barrieren ab.

Früher ging es beim Unterzeichnen eines Handelsvertrages um die Reduktion oder Abschaffung von Zöllen, jedoch sind diese heutzutage so niedrig, dass es nicht profitabel ist, nur diese Barrieren zu entfernen. In der heutigen Zeit geht es bei Freihandelsabkommen viel öfter um die Anpassung von Richtlinien sowie auch Standards. (House of Commons International Trade Committee 2018, S. 20, Übersetzung von Kurtin)

Dies trifft auch auf ein potenzielles UK-US Handelsabkommen zu.

- Eine Option wäre ein umfassendes Freihandelsabkommen, bei dem sich das Vereinigte Königreich sehr stark an die regulatorischen Richtlinien der USA angleicht. Dies könnte in einigen Bereichen die Standards des UK senken und beruht auf dem Prinzip, dass wenn man mit einem Land mit hohen regulatorischen Standards ein Abkommen schließt, dies zur Folge haben könnte, dass die eigenen Standards erhöht werden. Im Kontrast dazu kann ein Freihandelsabkommen mit einem Land, welches niedrigere Standards als das eigene aufweist, das Gegenteil bewirken. (vgl. House of Commons International Trade Committee 2018, S. 24)
- Eine Alternativmöglichkeit ist die teilweise Angleichung an die US-Standards, mit dem Ziel, trotzdem den regulatorischen Richtlinien des EU-Marktes zu entsprechen. Dies könnte – bei richtiger Handhabung der Verhandlungen – dazu führen, dass das Vereinigte Königreich die Vorteile des EU-Marktes sowie auch des US-Marktes genießen könnte. Eine weitere, eher abstrakte Möglichkeit dies zu erreichen, wäre durch die Produktion von Gütern nach zwei verschiedenen Standards. Dies ist zwar technisch möglich, würde jedoch zwei völlig separate Produktlinien mit unterschiedlichen Produktionsprozessen erfordern. (vgl. House of Commons International Trade Committee 2018, S. 25)
- Ein Freihandelsabkommen das sich nur mit Zöllen befasst ist auch eine Möglichkeit. Ein solches Abkommen würde dem Vereinigten Königreich die Option geben, am regulatorischen Modell der EU festzuhalten und somit Handelsbarrieren mit der Union zu minimieren:

While pursuing a comprehensive FTA with the US, including on regulatory matters, may have benefits for the UK, it could also give rise to regulatory barriers with the UK's other major trading partners, including the EU. The decision about whether some increase in regulatory barriers with the EU in exchange for some removal of such barriers with the US is beneficial overall is a matter that will require careful evaluation. However, it is clear that the two cannot be considered in isolation. (House of Commons International Trade Committee 2018, S. 26)

14 Die britische Wirtschaft nach dem Beitritt zur EG

14.1 Privatisierung als Konzept

Privatisierung bezeichnet grundsätzlich den Übergang von öffentlichem beziehungsweise staatlichem in privaten Besitz. Dies kann beispielsweise durch Verkäufe von Aktien staatseigener Konzerne oder auch durch den Verkauf von Grund und Boden geschehen. Das Konzept der Privatisierung galt anfangs als die Antwort auf Krisen westlicher Ökonomien, die träge und ineffizient geworden waren. Gleichmaßen war die Verbreitung der Privatisierung eine Reaktion auf die Rezessionen in den westlichen Industrienationen.

Margaret Thatcher machte dieses Konzept berühmt, nachdem sie während ihrer Amtszeit zahlreiche Firmen, die im Staatsbesitz waren, verkaufte. Dies geschah wie im Fall von British Petroleum durch den Verkauf einer bestimmten Anzahl an Aktien an die Öffentlichkeit. Das „*Right to buy*“ war auch ein Mittel zur Entstaatlichung des Vereinigten Königreiches, bei dem Mieter von Häusern und Wohnungen im Staatsbesitz die Möglichkeit gegeben wurde, diese vergünstigt zu erwerben.

Doch auch wenn Privatisierung heute häufig mit Margaret Thatcher in Verbindung gebracht wird, ist diese Ideologie keine Erscheinung der Moderne. Adam Smith äußerte sich in seinem 1776 erschienen Buch „Der Wohlstand der Nationen“ zu dem Thema wie folgt:

In jeder großen Monarchie in Europa würde der Verkauf von Kronland zu ganz beachtlichen Geldeinnahmen führen, die, zur Tilgung der Staatsschulden verwendet, ein weit höheres Einkommen von der Beleihung befreien würden, als Grund und Boden jemals der Krone eingebracht haben. [...] Die Krone käme dann sofort in den Genuß [sic] eines Einkommens, das sie in dieser Höhe von Pfandrechten freimachen könnte, und im Laufe weniger Jahre würden wahrscheinlich noch weitere Einnahmen hinzukommen. Das Kronland selbst dürfte, nachdem es in Privathand übergegangen ist, in wenigen Jahren in gutem Zustand sein. (Smith 1983, S. 702)

Diese Äußerung Adam Smiths stellt die grundlegende Idee der Privatisierung anhand des Verkaufs von Grund und Boden dar.

Friedrich August von Hayek argumentierte, dass durch den Übergang von einem Unternehmen von staatlichem in privaten Besitz die Effizienz des jeweiligen Betriebes erhöht wird. Dies geschehe aufgrund des erhöhten Wettbewerbs und, da der private Sektor nach Profit strebt, und dieser unweigerlich mit einer höheren Effizienz verknüpft ist.

Einen weiteren Vorteil der Privatisierung stellt die Erhöhung der Kompetenz von Personen in Führungsposition dar. Die Führungspersonen staatseigener Firmen tendieren dazu, eher durch politischen Druck als durch wirtschaftlichen Verstand geleitet zu werden.

Der private Sektor ist primär profitorientiert und aus diesem Grund kann er staatliche Unternehmen nicht vollständig ersetzen. Krankenhäuser, Schulen oder auch öffentliche Verkehrsmittel sollten nicht das Ziel haben, möglichst viel Gewinn zu generieren.

Natürliche Monopole stellen ein weiteres Problem dar. Ein natürliches Monopol entsteht, wenn eine Industrie hohe Fixkosten und niedrige Grenzkosten aufweist; dies sorgt dafür, dass es in solchen Industrien meist nur ein bis wenige Unternehmen gibt, die den ganzen Markt versorgen. Wenn jedoch natürliche Monopole wie die staatliche Wasserversorgungsindustrie privatisiert werden, kann es zu einem privaten Monopol kommen. Diese privaten Monopole streben nach Profit und könnten deshalb die Preise beliebig erhöhen, um ihren Gewinn zu maximieren. In Industrien wie der Wasserversorgung könnte dies zu einer Katastrophe führen.

Der Erfolg und die Sinnhaftigkeit von Privatisierung sind abhängig davon, welche Wirtschaftszweige sie betrifft. Dienstleistungssektoren wie das Gesundheitssystem profitieren nicht so stark von Privatisierung wie beispielsweise der Telekommunikationsmarkt. Die Qualität der Regulierung von privaten Unternehmen durch den Staat ist ebenfalls ein relevanter Faktor.

14.2 Die britische Wirtschaft unter Thatcher

Margaret Thatcher war ohne Zweifel eine der einflussreichsten Personen in der britischen Geschichte. Als erste weibliche Regierungschefin formte sie durch ihre politischen Entscheidungen das heutige Vereinigte Königreich. Als sie im Mai des Jahres 1979 den Posten der Premierministerin des Vereinigten Königreiches antrat, wurde sie mit den diversen Problemen dieser Zeit konfrontiert und mit deren Lösung beauftragt.

Eine der größten Herausforderungen, die die Regierung unter der eisernen Lady zu bewältigen hatte, war es, die Inflation einzubremsen. Diese erreichte in dem vergangenen Jahrzehnt ein noch nie dagewesenes Hoch von bis zu 25 % (vgl. Floud, McCloskey 1994, S. 272). Aufgrund dieses Faktus war die Kontrolle und Steuerung der Inflation ein Kernstück von Margaret Thatchers makroökonomischer Strategie. Die konservative Partei unter Premierministerin Thatcher hat eine Politik des Monetarismus verfolgt, um die Senkung der Inflation zu erreichen. Monetarismus bezeichnet eine wirtschaftliche Theorie, die besagt, dass die sich im Umlauf befindende Geldmenge großen Einfluss auf die Volkswirtschaft hat. Deshalb sei die Geldpolitik, das primäre Werkzeug, um die Volkswirtschaft eines Landes zu steuern. Durch dieses Kontrollieren der Geldmenge und auch das Erhöhen von Steuern und Zinssätzen konnte die Inflation zwar enorm gesenkt werden, jedoch führte dies letztlich zu einer Rezession und einer hohen Anzahl an Arbeitslosen.

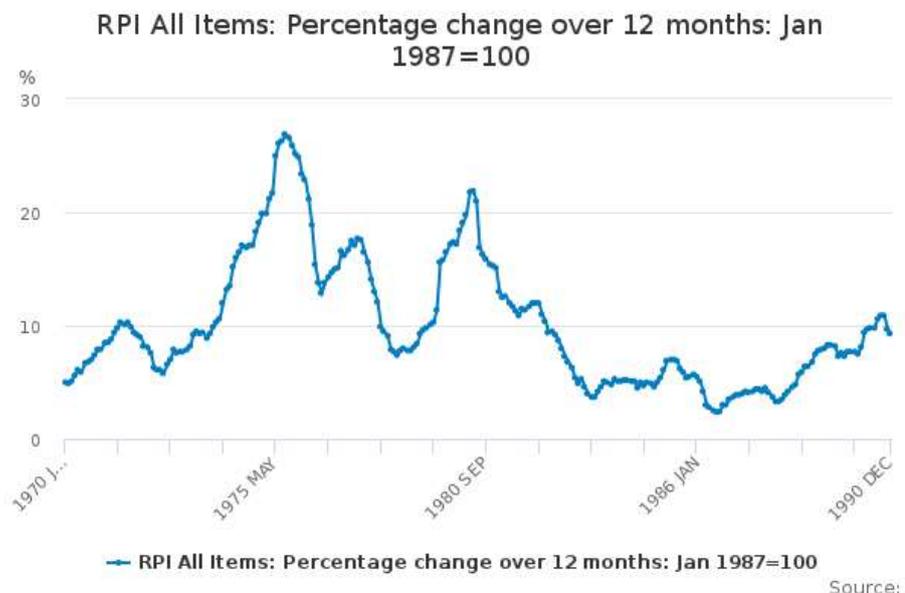


Abb. 18: Inflation UK (1970-1990)

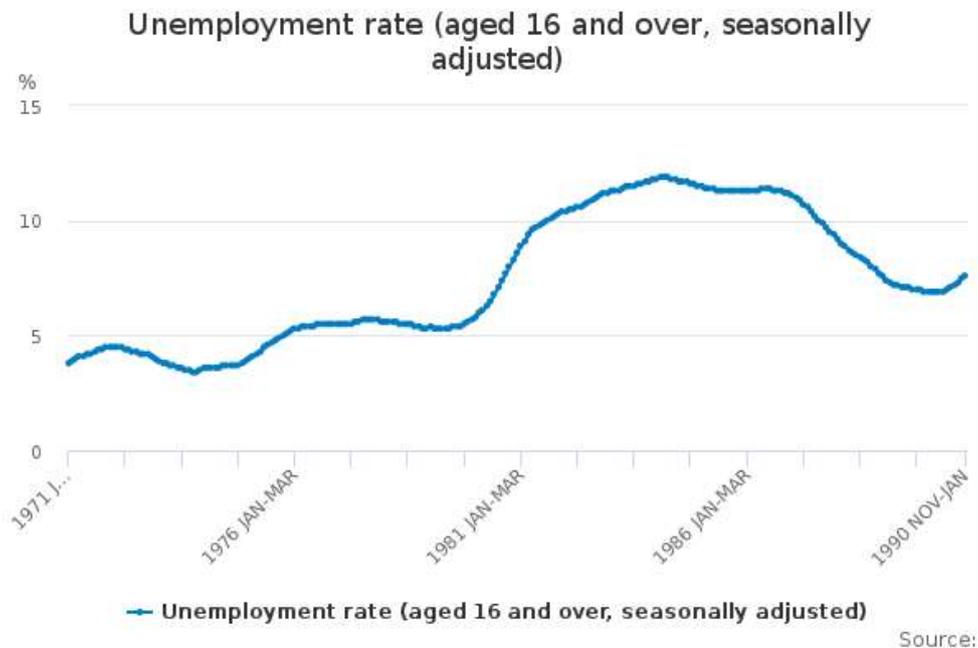


Abb. 19: Arbeitslosigkeit UK (1971-1990)

Weiters waren die Premierministerin und ihre Regierung dafür verantwortlich, viele Verkäufe von verstaatlichten Industrien in die Wege geleitet zu haben. Beispielsweise wurden *British Airways*, *British Steel*, *British Gas* und die *British Airports Authority* privatisiert. Thatcher glaubte nicht daran, erfolgreiche Unternehmen durch staatliche Subventionen zu unterstützen, um ihnen ein Marktvorteil zu geben – vielmehr hatte sie vollstes Vertrauen in den freien Markt. Margaret Thatcher sah in der Privatisierung eine positive Entwicklung, da der private Sektor nach ihrem Ermessen effizienter als der öffentliche war. Diese Annahme begründete sie auf der Theorie, dass der Privatsektor durch sein Gewinnmotiv einen höheren Effizienzgrad anstrebt als die staatseigenen Industrien. Sowie die Privatisierung diverser Firmen ist auch die finanzielle Deregulierung Teil des Vermächnisses von Margaret Thatcher. Der erste Schritt erfolgte im Jahr 1979 mit der Abschaffung von Lohn-, Preis- und Devisenkontrollen.

Statt eines befürchteten Abflusses von Kapital ins Ausland und eines Wertverlusts des Pfund Sterling kam es zu einem Zufluß [sic] an ausländischem Kapital und zu einer deutlichen Aufwertung der britischen Währung.

(Fröhlich, Schnabel 1990, S. 140)

Ihre Blütezeit erreichte die Deregulierung im Jahr 1986 mit dem sogenannten „Big Bang“. Dieser befreite den britischen Finanzmarkt von vielen regulatorische Barrieren sowie Kontrollen durch Kommissionen. Durch die vorangehenden Deregulierungsmaßnahmen des Finanzmarktes wurde London zu einem der relevantesten Finanzzentren. Margaret Thatcher optimierte und modernisierte, durch die Abschaffung von überspitzten staatlichen Eingriffen, die britische Wirtschaft.

In der Periode vor und auch während Thatchers Amtszeit kam es zu diversen Streiks der Arbeiterklasse, die im „*Winter of discontent*“ ihren Höhepunkt erreichten. Dieser kostete den britischen Staat Millionen – deshalb wurden in den Jahren von 1980 bis 1984 drei Gesetze beschlossen, die das Kraftverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern neugestalteten. (vgl. www.guardian.com, 5.Dezember 2019)

Die drei genannten Bestimmungen befassen sich mit dem Streikrecht und verschärften die existierenden Gesetze so, dass die Arbeitgeber einen klaren Machtvorteil hatten. Genauso wurden durch diese Beschlüsse Gewerkschaften, die über viel Macht verfügten, geschwächt.

Durch die Gesetzgebung der Konservativen wurde die weitreichende Immunität der Gewerkschaften eingeschränkt. [...] Seit 1882 genießen die Gewerkschaften straf- und zivilrechtliche Immunität nur noch bei Streiks, die sich „ganz oder vorwiegend“ auf Beschäftigungsfragen beziehen. (Fröhlich, Schnabel 1990, S. 186)

Eine weitere Maßnahme, die die eiserne Lady in ihrer Amtszeit traf, war der Verkauf von zahlreichen Gemeindebauten.

Dass sogenannte „*Right to buy*“ ermöglichte es Mietern von Häusern und Wohnungen die dem Staat gehörten, ihr Heim nach drei Jahren Miete mit einem Rabatt zu erwerben. Dieser Preisnachlass begann bei 33 % und stieg auf bis zu 50 %, nachdem man mindestens 20 Jahre gemietet hatte. (vgl. Disney, Guannan 2016, S. 4) Die Wohneigentumsquote erhöhte sich in Folge dramatisch. Dies führte wiederum dazu, dass Menschen sich viel stärker an der Wirtschaft beteiligt fühlten.

Margaret Thatcher schrieb durch ihre revolutionären Maßnahmen ein Kapitel britischer Geschichte.

14.3 UK und EU: „Brittenrabbatt“ und andere „Rosinenpickerei“

Das Vereinigte Königreich beantragte den Beitritt im Jahr 1963. Das Motiv des UK war wirtschaftlicher Natur – hauptsächlich war das Ziel dem EWG-Außenzoll auf britische Waren durch den Beitritt zu einer dynamischeren Freihandelszone zu entgehen. (vgl. www.fnlondon.com, 1. Februar 2020)

Das Vereinigte Königreich und die Europäische Gemeinschaft pflegten schon seit dem Eintritt im Jahr 1973 ein spezielles Verhältnis. Der sogenannte „Brittenrabbatt“ bezeichnet den Beschluss des Europäischen Rates im Jahr 1984, der dem Vereinigten Königreich einen Sonderstatus in der EU gewährte. Eine der Hauptgründe warum dieser gewährt wurde, war der vergleichsweise kleine Landwirtschaftssektor des Vereinigten Königreiches. Ungefähr 70% der Förderungen durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft flossen in die Agrarwirtschaft ihrer Mitgliedsstaaten. Der „Brittenrabbatt“ war also sozusagen ein Ausgleich für die Landwirtschaftsförderungen, in Form eines Rabattes auf die Zahlungen an die EU. (vgl. d’Alfonso 2016, S. 3) Dieser Beschluss stellte ebenfalls sicher, dass ein substantieller Teil der Zahlungen an die EU in das UK zurückfließt. Dies geschieht Großteils durch Subvention und Förderungen.

Um den Austritt aus der EU besser zu verstehen, muss man in der Vergangenheit nach Konfliktbereichen suchen. Das im Jahr 1985 beschlossene Schengener Abkommen zeigt frühe Anzeichen einer Spaltung. Es befasst sich grundsätzlich mit dem uneingeschränkten Personenverkehr an den Binnengrenzen. Das Vereinigte Königreich ist nicht Teil des Schengenraums und grenzt sich dadurch weiter von der EU ab.

Ein weiteres Beispiel für die „Rosinenpickerei“ des Vereinigten Königreiches stellt die Anwendung einer sogenannte „Opt-out-Klausel“ dar.

IN DER ERKENNTNIS, daß [sic] das Vereinigte Königreich nicht gezwungen oder verpflichtet ist, ohne einen gesonderten diesbezüglichen Beschluß [sic] seiner

Regierung und seines Parlaments in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion einzutreten [...]. (www.europa.eu, 19. März 2020)

Diese wurde nicht nur verwendet, um die Teilnahme am Euro, einer substanziellen Säule der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, zu verweigern, sondern auch um das Schengener Abkommen nicht anzuwenden.

Das Vereinigte Königreich bestand schon seit jeher auf einen gewissen Grad an staatlicher Souveränität und äußerte sich, obwohl es ein Mitglied war, der EU gegenüber immer skeptisch. Dies manifestiert sich durch zahlreiche Sonderwünsche und Abgrenzungen seitens des Vereinigten Königreiches.

Es lässt sich nicht ausschließen, dass die langsame Abkapselung des UK von der Europäischen Union schlussendlich zu einem Brexit-Referendum führte.

15 Konfliktfelder zwischen UK und EU

15.1 Staatliche Souveränität versus Supranationalität

Unter staatlicher Souveränität versteht man die Macht eines Staates, frei und unabhängig über die Art der Regierung, das Rechtssystem und die Gesellschaftsordnung innerhalb seines Staatsgebietes zu bestimmen. Durch die Übertragung dieser Souveränitätsrechte an supranationale Organisationen, wie beispielsweise die Europäische Union, können Zusammenschlüsse zwischen Staaten entstehen. (vgl. Zandonella, 2007, S. 80)

Großbritanniens ambivalentes Verhältnis zur europäischen Integration ist historisch begründet. Es ist eine Geschichte der Distanz, Annäherung und Zusammenarbeit. [...]

Bis in die 1960er-Jahre hinein agierte Großbritannien [...] außenpolitisch als Weltmacht. Es verstand sich in weltpolitischer Hinsicht als dritte Kraft und verfolgte in der Außenpolitik seine Drei-Kreis-Theorie, nach der Großbritannien sich im Mittelpunkt dreier Kreise befindet: des Commonwealth, der USA und Kontinentaleuropas. (Aldridge u.a. 2016, S. 57ff)

Diese Denkweise führte auch dazu, dass das Vereinigte Königreich dem Konzept der europäischen Integration und den damit einhergehenden supranationalen Institutionen sehr kritisch gegenüberstand.

Die britische Haltung zur europäischen Integration änderte sich erst Ende der 1950er-Jahre. Die internen wirtschaftlichen Probleme wurden immer drängender [...] Zwar ging es den Briten im Vergleich zu den 1930er Jahren in den ersten zwanzig Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ökonomisch so gut wie nie zuvor. Im internationalen Vergleich, insbesondere auch mit den europäischen Nachbarländern, hinkte die britische Wirtschaftsentwicklung jedoch deutlich hinterher und konnte mit dem weltweiten Nachkriegsboom nicht mithalten. (Aldridge u.a. 2016, S. 59)

Die Meinung unter der britischen Bevölkerung ist bezüglich der Europäischen Union gespalten. Für einige vertritt sie Frieden und Stabilität. Für andere wiederum sind der

Binnenmarkt und die damit einhergehenden Beschäftigungsmöglichkeiten sowie der Wohlstand starke Argumente für die EU. Jedoch scheinen diese Begründungen nicht mehr ausreichend zu sein, um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu rechtfertigen. Das britische Volk versteht die EU heute sowohl als komplizierte bürokratische Maschinerie als auch als Ursache vieler negativer Veränderungen in ihrer Gesellschaft, wie die Migration, steigende Wohnkosten und Ungleichheit. Eine Stimme für den Brexit war für einige Briten die Möglichkeit, Großbritannien wieder als souveränen Staat zu etablieren. (vgl. Wind 2020, S. 7)

15.2 Die Fischfangquoten der EU

Die gemeinsame Fischereipolitik ist der Mechanismus und das Regelwerk für die Bewirtschaftung der europäischen Fischereiflotten und Fischbestände. Sie trat im Jahr 1970 in Kraft und wurde zuletzt 2014 reformiert. Alle EU-Mitgliedstaaten sind Mitglieder, jedoch sind nicht alle davon Küstenstaaten. Damit haben alle europäischen Fischereiflotten gleichen Zugang zu den EU-Gewässern, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Ziel ist es, die Nachhaltigkeit der europäischen Fischerei sicherzustellen und den Wunsch nach größtmöglicher Fangmenge bei gleichzeitiger Erhaltung der Fischbestände auszugleichen. (vgl. www.instituteforgovernment.org.uk, 7. Februar 2020)

Die gemeinsame Fischereipolitik der EU war für viele Briten ein Grund, beim Brexit-Referendum im Jahr für den Austritt zu stimmen: Sie war schon immer ein Konfliktbereich zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Dies lag grundsätzlich daran, dass durch die Gemeinsame Fischereipolitik der EU viele britische Fischer das Gefühl hatten, durch die EU ihres Fanges und ihrer Fischereiquoten beraubt zu werden.

In der Brexit-Übergangsphase bleibt das Vereinigte Königreich Teil der gemeinsamen Fischereipolitik der EU. Konkret bedeutet dies, dass das Vereinigte Königreich nur 12 Seemeilen abseits seiner Küste ein exklusives Recht auf die Fischbestände hat. Nach dem Ablauf der Übergangsphase und dem damit einhergehenden Austritt aus dem Fischereiabkommen der EU erweitert sich diese exklusive Zone auf 200 Seemeilen. (vgl. bbc.com, 9. Februar 2020)

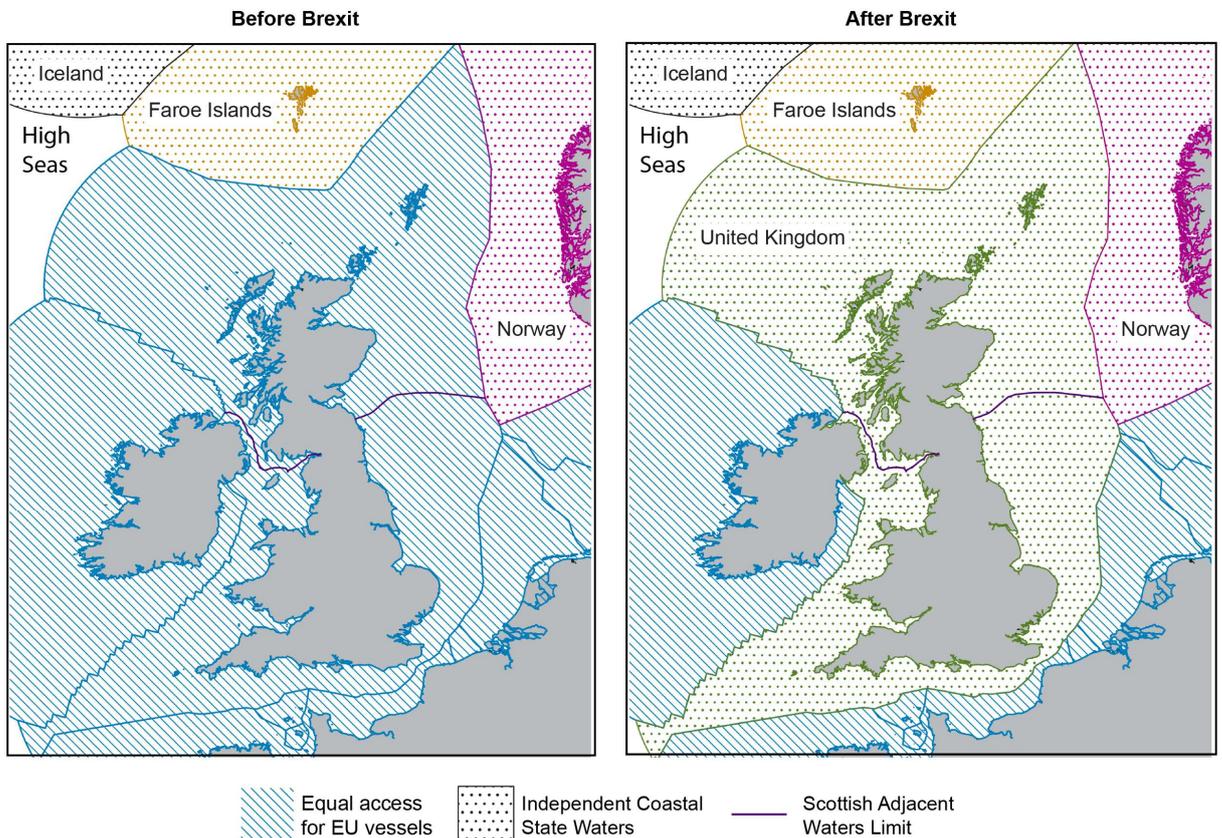


Abb. 20: Access to British fisheries and fishing licences

Jedoch zahlt die britische Regierung für die neugewonnene Freiheit ihres Fischereisektors einen erheblichen Preis. Denn der Großteil der Verwaltungsvorschriften, die die Fischerei im UK betreffen, stammen aus der EU. Die Komplexität der Übertragung dieser Rechtsvorschriften in britisches Recht ist daher nicht zu unterschätzen. Brexit bietet die Möglichkeit, die Bewirtschaftung der britischen Gewässer nachhaltiger zu gestalten (vgl. Stewart, O’Leary 2017, S. 10)

15.3 EU-Beiträge versus NHS – eine Analyse

Das staatliche Gesundheitssystem in Großbritannien und Nordirland, auch National Health Service (NHS) genannt, ist grundsätzlich beliebt unter der britischen Bevölkerung. Eine Mehrheit der Briten würde sogar mehr Steuern zahlen, um den nationalen Gesundheitsdienst zu verbessern. Die Qualität der Pflege und das große Angebot an Leistungen und Behandlungen sind nur einige der Gründe, weshalb das Gesundheitssystem so beliebt ist. Doch der Mangel an finanziellen Mitteln führt zu langen Wartezeiten und der

Unterbesetzung an medizinischen Einrichtungen. Dies führt dazu, dass immer mehr britische Bürger mit dem System unzufrieden sind. (vgl. Esler 2019, S.42f)

Diese Unzufriedenheit hat die „Leave“-Bewegung aufgegriffen und eine vermeintliche Lösung in ihre Kampagne integriert: „*We send the EU £350 million a week, let's fund our NHS instead*“ war einer der erfolgreichsten politischen Slogans der Brexit-Kampagne. Diese Unwahrheit wurde von zahlreichen Ökonomen richtiggestellt – dennoch hielt Boris Johnson an ihr fest und verbreitete sie weiter.

Aufgrund dieser Verbreitung von falschem Wissen sah sich Sir David Norgrove, Vorsitzender der politisch unabhängigen britischen Statistikbehörde, gezwungen, Boris Johnson den folgenden Brief zu senden:

I am surprised and disappointed that you have chosen to repeat the figure of £350 million per week, in connection with the amount that might be available for extra public spending when we leave the European Union. This confuses gross and net contributions. It also assumes that payments currently made to the UK by the EU, including for example for the support of agriculture and scientific research, will not be paid by the UK government when we leave. It is a clear misuse of official statistics. (www.statisticsauthority.gov.uk, 4. Jänner 2019)

Das britische Gesundheitssystem wird durch Steuern finanziert; diese Korrelation bedingt, dass die Finanzierung des NHS von der Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreiches abhängt.

Die Forschungsliteratur lässt erwarten, dass – auf lange Sicht gesehen – jede Art des Brexits die britische Wirtschaft schwächt. Das liegt maßgeblich daran, dass neue Barrieren für den Handel, ausländische Direktinvestition und Einwanderung entstehen. (vgl. Sampson 2020, S. 103)

Aus der gegenwärtigen Literatur lässt sich schließen, dass die finanziellen Mittel des Gesundheitssystems nach jeglicher Art des Brexits sinken werden. Dieses Defizit kann nur durch Abstriche in anderen Sektoren ausgeglichen werden.

16 Die Brexit-Abstimmung im Detail

16.1 Argumente der *Brexiters*

Als *Brexit* bezeichnet man eine Person, die den Brexit unterstützt. Die Gründe für ein Verlassen der EU lassen sich in fünf grundlegenden Argumenten darstellen.

„Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 führten die Briten netto 8,5 Mrd. Euro mehr an das Brüssler Budget ab, als sie von dort zurückerhielten.“ (Aldrige u.a. 2016, S. 13)

Im Mitgliedsbeitrag sahen viele Briten ein Problem, da es, ihrer Ansicht nach, verschwendetes Geld sei. *Brexiters* erhoffen sich nach dem Austritt aus der EU, dass dieses Geld in andere Bereiche, wie zum Beispiel das Gesundheitssystem, investiert werden kann.

Ein weiteres Argument stellte die Unabhängigkeit, in Bezug auf die Verhandlungen von neuen Handelsabkommen mit Ländern wie beispielsweise der USA oder China, dar. Als EU-Mitglied war das Vereinigte Königreich an die von der EU verhandelten Handelsverträge, genauso wie die Gesetze des Binnenmarktes gebunden. Jede neue Handelsbeziehung wurde durch die EU eingegangen und das Vereinigte Königreich konnte keine individuellen Beziehungen, ohne die Zustimmung der EU, eingehen. Durch einen Brexit wäre es dem Vereinigten Königreich möglich, ohne das Einverständnis der EU neue Handelsverträge auszuarbeiten.

Zudem war die innenpolitische Freiheit ein Argument für den Austritt aus der Union. Als EU-Mitgliedstaat müssen jegliche Gesetze, die auf der EU-Ebene beschlossen werden, in dem jeweiligen Mitgliedland umgesetzt werden. Diese Gebundenheit an die europäische Union stellt für viele *Brexiters* eine Einschränkung ihrer Freiheit und Demokratie dar.

Mit politischen Slogans wie „*Taking back control over our borders*“ argumentierte die „*Leave*“-Kampagne für stärker regulierte Migration, die mit einem Brexit einhergehen soll. Der freie Personenverkehr in der Union ermöglichte es EU-Bürgern ohne besondere Aufenthaltsgenehmigungen im Vereinigten Königreich zu studieren, zu arbeiten und zu

leben. Nach dem Brexit könne man Migration besser kontrollieren, da auch EU-Bürger Anträge stellen müssten, um das Recht zu erlangen im Vereinigten Königreich arbeiten, studieren oder leben zu dürfen. Dies geböte auch der Angst, dass EU-Bürger aus anderen Ländern Briten ihrer Jobs berauben würden, zu einem gewissen Grad Einhalt.

16.2 Argumente der *Remainers*

Als *Remainer* bezeichnet man eine Person, die den Verbleib des Vereinigten Königreiches in der EU unterstützt. Angeführt wurde die „*Remain*“-Bewegung von der parteiübergreifenden Lobbygruppe „*Britain Stronger in Europe*“. Die Argumente der „*Remain*“-Bewegung reichen vom Verlust eines Absatzmarktes bis zum Anstieg von Lebensmittelpreisen.

Die *Remainers* fundierten ihre Argumentation darauf, dass das UK in vielen Bereichen eine gewisse Abhängigkeit gegenüber der EU entwickelt hat. Ein gutes Beispiel dafür wäre der Arbeitsmarkt. Im Vereinigten Königreich gibt es viele Jobs, die an den Handel mit der EU gebunden sind und diese seien durch einen Brexit in Gefahr. Im Falle eines Brexits sei es wahrscheinlich, dass Unternehmen ihre Geschäfte, und die damit verbundenen Arbeitsplätze vom Vereinigten Königreich in andere Länder verlegen würden.

Weiters wurde argumentiert, dass der Brexit, in welcher Form er auch eintreten würde, der britischen Wirtschaft schade. Dies wurde durch die Menge an Investitionen von EU-Ländern, die in das Vereinigte Königreich fließen begründet. Zudem überwiege der finanzielle Profit des Vereinigten Königreiches durch die EU, den Zahlungen, die an die Europäische Union geleistet werden. Weiters stellt die Union einen gigantischen Absatzmarkt für das Vereinigte Königreich dar, der im Falle eines Brexits nicht mehr so unkompliziert zugänglich wäre.

Ein weiterer Grund für den Verbleib in der Union war der negative Effekt, den der Brexit auf das tägliche Leben habe. Kein Mitglied der EU zu sein bedeute, dass jeder britische Haushalt substanziell mehr für seine Lebensmittel, Flüge, Stromrechnungen und Roaminggebühren zahle.

16.3 Regionale Unterschiede im Abstimmungsverhalten und Motive

Das im Jahr 2016 durchgeführte Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreiches in der EU spaltete das Land wie keine Abstimmung zuvor. Mit einer Mehrheit von 51,9 % wurde beschlossen, dass das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union austreten werde.

Es lässt sich sagen, dass die „Leave“-Kampagne geografisch gesehen die meisten Unterstützer in England und Wales verzeichnen konnte. Eine Ausnahme stellen multikulturelle Städte, wie London dar. Mit Schottland und Nordirland ist die Hauptstadt Teil der Gebiete, in der überwiegend für „Remain“ gestimmt wurde. Gründe für diese Unterschiede im Abstimmungsverhalten variieren und lassen sich nicht eindeutig feststellen, jedoch gibt es auffällige Muster.

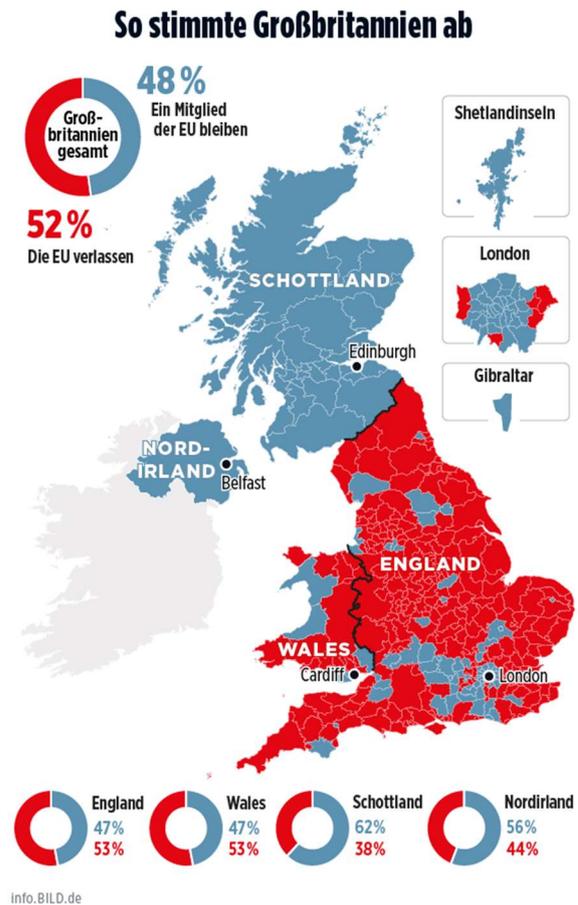


Abb. 21: So stimmte Großbritannien ab

Ängste vor Migration, sowie vor Multikulturalismus sind bei Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau und einer unsicheren Position im Arbeitsmarkt weit verbreitet. Solche Wähler stimmten eher für „Leave“ ab, während die "Gewinner" der Globalisierung, die jüngeren und gut ausgebildeten Fachkräfte, überwiegend zugunsten von „Remain“ gestimmt haben. (vgl. Hobolt 2016, S. 22)

Wales und England stimmten mehrheitlich für den Austritt aus der Union. England stand dem Konzept der EU schon seit dem Beitritt im Jahr 1973 skeptisch gegenüber, deshalb

ist es auch nicht verwunderlich, dass hier der Großteil der Bürger für den Brexit stimmten.

Wales hingegen ist grundsätzlich ein Land, welches stark von der EU profitierte. Jedoch wurden ungefähr 21 % der in Wales lebenden Menschen, in England geboren, fast ein Viertel dieser Wähler war über 65 Jahre alt. Das Land stimmte mit einer Mehrheit von nur 82.000 Stimmen für den Brexit. (vgl. [guardian.com](https://www.guardian.com), 5. Februar 2020)

Nordirland ist eines der Länder, die durch einen Brexit am meisten zu verlieren hat. Rein historisch ist Nordirland ein Pulverfass, welches durch einen langen Konflikt mit Irland geprägt ist und momentan Frieden genießt. Brexit würde für die Nordiren nicht nur die Möglichkeit von Grenzkontrollen und den damit einhergehenden Konflikten bedeuten, sondern auch den erschwerten Handel mit einem ihrer größten Absatzmärkte: der EU. Es lässt sich nicht ausschließen, dass diese Faktoren die Entscheidung vieler Nordiren beeinflussten.

Im Gegensatz zu ihren englischen Nachbarn ist Schottland ein weiteres Land, das für „*Remain*“ gestimmt hat. Dies könnte daran liegen, dass sich viele Schotten mit dem Gedanken zurechtgefunden haben, zu zwei unterschiedlichen kulturellen Identitäten zu gehören. Wenn man als Schotte akzeptiert, dass man sowohl schottisch als auch britisch ist, fällt es erheblich leichter, diesem Identitätsmix eine dritte Ebene hinzuzufügen, und sich mit dieser abzufinden. (vgl. www.irishtimes.com, 06. Februar 2020)

16.4 „Operation Yellowhammer“ und mögliche Szenarien

„Operation Yellowhammer“ bezeichnet den Notfallplan des Vereinigten Königreiches, der im Falle eines Austritts aus der EU ohne Abkommen in Kraft getreten wäre. Er beschreibt die möglichen Szenarien, die nach einem „No-Deal“ auftreten hätten können, anhand von zwölf Risikofeldern und den Reaktionen der Regierung auf zahlreiche Problemszenarien.

Kurz nach dem Austritt aus der EU ohne bestehendes Abkommen, wäre es laut „Operation Yellowhammer“ höchstwahrscheinlich zu starken Verzögerungen an Handelsknotenpunkten (wie dem Eurotunnel) gekommen, da EU-Mitgliedstaaten sofort

verpflichtende Kontrollen von Waren durchgeführt hätten. Zur Minimierung des Schadens legte die britische Regierung deshalb ein besonderes Augenmerk darauf, dass Händler für den „No-Deal“ bereit sind, um den Ablauf auf der französischen Seite des Eurotunnels, in Calais, so flüssig wie möglich zu gestalten.

Falls es zu keinem Abkommen gekommen wäre, hätte dies laut der britischen Regierung zu einem Mangel an Arzneimitteln geführt, da 75 % der Medikamenten-Importe die Kreuzungspunkte in Dover auf ihrem Weg in das Vereinigte Königreich passieren. (www.instituteforgovernment.org.uk, 05. Februar 2020, Übersetzung von Kurtin)

Dieses Defizit hätte weiters die Fähigkeit Großbritanniens, Krankheitsausbrüche zu verhindern und zu kontrollieren, beeinträchtigt. Um dem vorzubeugen, erwarb die britische Regierung Flugzeuge und Schiffe, um die Verspätungen auf den traditionellen Handelsrouten zu umgehen und somit Medikamente auf anderen Wegen ins Land bringen zu können.

Zudem wäre laut „Operation Yellowhammer“ ein Mangel an spezifischen frischen Lebensmitteln wahrscheinlich. Dies hätte keineswegs bedeutet, dass dem Vereinigte Königreich eine Lebensmittelkrise bevorstanden wäre, jedoch wurde damit gerechnet, dass es zu Preissteigerungen von Nahrungsmitteln gekommen wäre und die Auswahl geringer geworden wäre.

Nordirland, und die zugehörige Grenze zu Irland ist, als einer der Schlüsselfaktoren der Brexit Verhandlungen, ebenfalls im „Operation Yellowhammer“-Dokument vertreten. Im Falle eines „No-Deal“-Brexits hätte die britische Regierung versucht, mit begrenzten Ausnahmen, keine Kontrollen an der Grenze durchzuführen. Diese Maßnahme hätte eine harte Grenze verhindert und dadurch Proteste minimiert.

17 Potenzielle Auswirkungen des Brexits auf Nordirland

17.1 Folgen des Brexits auf den irischen Friedensprozess

Neben der Offenheit der Grenze ist auch die politische Kooperation zwischen Nordirland und der Republik Irland im Rahmen des irischen Friedensprozesses eng mit der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft verbunden.

(Aldridge u.a. 2016, S. 6)

Obwohl die Insel seit der „Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens (GFA) im Jahr 1998“ (Doyle, Connolly 2017, S. 14, Übersetzung von Kurtin) erhebliche Fortschritte im Friedensprozess erzielt hat, gibt es dennoch Spannungen, die speziell an der irischen Grenze zu spüren sind.

Die EU spielte eine essenzielle Rolle im irischen Friedensprozess. Die Europäische Union unterstützte den Prozess in vier Schlüsselaspekten: Zunächst war die EU-Mitgliedschaft eine Struktur, die das Good Friday Agreement untermauerte, und die Beziehung zwischen Nordirland und der Republik Irland zum positiven beeinflusste. Die gemeinsame EU-Mitgliedschaft trug auch zur Schwächung der gesellschaftlichen Spannungen zwischen den zwei Ländern bei. Weiters erhielt Nordirland von der EU Subventionen wie den „Europäischen Fond für regionale Entwicklung“, die für den Aufschwung Nordirlands äußerst relevant waren. (vgl. House of Lords European Union Committee 2016, S.39)

Der Brexit lief Gefahr eine schon prekäre Situation an der Grenze, aufgrund der benötigten Zoll-Kontrollen, zum Eskalieren zu bringen. Aufgrund dessen kam eine harte Abgrenzung entlang der irischen Grenze für das Vereinigte Königreich, sowie die EU während der Verhandlungen nicht in Frage. Da diese potenziell zu Protesten und zu gewaltsamen Übergriffen führen hätte können und das Karfreitagsabkommen verletzt worden wäre. Zollstellen und Sicherheitsanlagen an der Grenze würden Gegnern des Friedens in Irland einen Angriffspunkt geben, mit Hilfe derer sie den Friedensprozess sabotieren könnten.

Der Konsensus ist – bezogen auf die Frage ob Brexit den Friedensprozess gefährdet sei –, dass man das Risiko wiederkehrender Konflikte keinesfalls unterschätzen sollte, jedoch würden diese keinesfalls in einem Ausmaß wie im Nordirlandkonflikt ausarten, da der Frieden momentan stabil sei. (vgl. House of Lords European Union Committee 2016, S.44)

17.2 Wirtschaftliche Auswirkungen auf Nordirland

Nordirland war aufgrund seiner geografischen Lage als einzige Landgrenze zur EU ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt in den Brexit-Verhandlungen. Dies lag nicht alleinig an dem historischen Konflikt an der irischen Grenze, sondern auch an der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom EU-Binnenmarkt.

Die Struktur der nordirischen Wirtschaft macht sie besonders anfällig für die potenziell negativen Auswirkung des Brexits, da Nordirland bereits die höchsten Arbeitslosigkeits- und Armutsraten im Vereinigten Königreich hat, und im Vergleich mit ihren Nachbarn, sehr niedrige Gehälter und Produktivität haben. (vgl. House of Lords European Union Committee 2016, S.15)

Grundsätzlich besitzt Nordirland im Vergleich mit dem restlichen Vereinigten Königreich eine schwache Wirtschaft, die stark von EU-Subventionen abhängig war. „52 % der nordirischen Exporte gehen an die EU, und 38 % dieser Produkte werden an die Republik Irland verkauft“ (House of Lords European Union Committee 2016, S.15, übersetzt von Kurtin)

Besonders der Agrarsektor, der einen großen Teil der nordirischen Wirtschaft ausmacht, war auf die EU angewiesen, denn „60 % des Bareinkommens auf nordirischen Farmen wurden in den Jahren 2014 und 2015 durch EU-Subventionen erwirtschaftet.“ (Tonge 2017, S. 10, übersetzt von Kurtin) Der Agrarsektor in Nordirland war also stark abhängig von der Union, und wäre von jeglicher Art des Brexits stark negativ betroffen gewesen.

Nordirland ist auf Arbeiter aus dem Ausland angewiesen, da beispielsweise „60 % der Fabrikarbeiter und 90 % der Saisonarbeiter in Nordirland, nicht aus dem Vereinigten

Königreich stammen.“ (House of Lords European Union Committee 2016, S.16, übersetzt von Kurtin) Daraus lässt sich schließen, dass jede Einschränkung des freien Personenverkehrs eine Barriere für das Wirtschaftswachstum bedeuten könnte.

Es ist zu erwarten, dass Nordirland unattraktiver für ausländische Direktinvestments wird. Der direkte Zugang zum europäischen Markt war einer der Gründe weshalb ausländische Investoren, in der Vergangenheit, in Nordirland investiert haben. Es lässt sich erwarten, dass der Austritt aus der Union, und die damit einhergehende politische und wirtschaftliche Instabilität, zukünftig viele potenzielle Investoren abschreckt. (vgl. House of Lords European Union Committee 2016, S. 17)

Außerdem könnte es durch die Zölle an der irischen Grenze vermehrt zu Schmuggel kommen, um diese zu umgehen.

Zusammenfassend kann man unter Berücksichtigung der vorliegenden Literatur sagen, dass Nordirland sich in Bezug auf den Brexit aufgrund der starken Abhängigkeit vom europäischen Binnenmarkt in einer besonders prekären Situation befindet. Das hat im Falle eines Austrittes mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Folge, dass das nordirische Wirtschaftswachstum schwächer wird, falls der freie Waren- und Personenverkehr an der irischen Grenze nicht gegeben ist. Jedoch eröffnet der Brexit auch Chancen für die nordirische Wirtschaft: Falls das UK als Ganzes aus dem europäischen Binnenmarkt austritt, werden Importe aus der Europäischen Union für das Vereinigte Königreich unattraktiver. Dies liegt an den Zöllen, die wahrscheinlich aus einem solchen Austritt resultieren. Im Umkehrschluss werden dadurch Produkte aus dem UK, einschließlich Nordirland, attraktiver für Konsumenten aus dem heimischen Markt. Obwohl dies die negativen Effekte für Nordirland etwas dämpft, wird mit einer „drei-prozentigen Verringerung des Bruttoinlandsproduktes gerechnet.“ (vgl. Tonge 2017, S. 10)

18 Methodik

18.1 Überblick

Das Wort Methodik leitet sich aus dem griechischen ab und bedeutet die Gesamtheit aller wissenschaftlichen Wege zu einem Ziel, das im Falle dieser Arbeit aus der Beantwortung der zu Anfang gestellten Forschungsfragen besteht.

Zur Sammlung von Erkenntnissen bedient sich die Wissenschaft der empirischen Forschung; bei dieser handelte es sich um „die wissenschaftliche Methode, die durch systematische Erhebung, Auswertung und Interpretation von Daten, Erkenntnisse gewinnt und Aussagen über die Realität zulässt.“ (bachelorprint.at, 16. März 2020)

Die durchgeführten empirischen Methoden wurden verwendet, um die Reproduktionsfähigkeit der Ergebnisse sicherzustellen.

18.1.1 Instrumente der empirischen Forschung

Empirische Forschung kann, durch die in der untenstehenden Abbildung aufgeführten Methoden betrieben werden. Diese sind grundlegend in quantitative und qualitative Forschungsmethoden unterteilt. Durch quantitative Forschungsmethoden sollen möglichst viele Daten erhoben werden – die qualitativen Forschungsmethoden hingegen zielen auf die Erhebung von möglichst präzisen Daten ab. (vgl. bachelorprint.at, 16. März 2020)

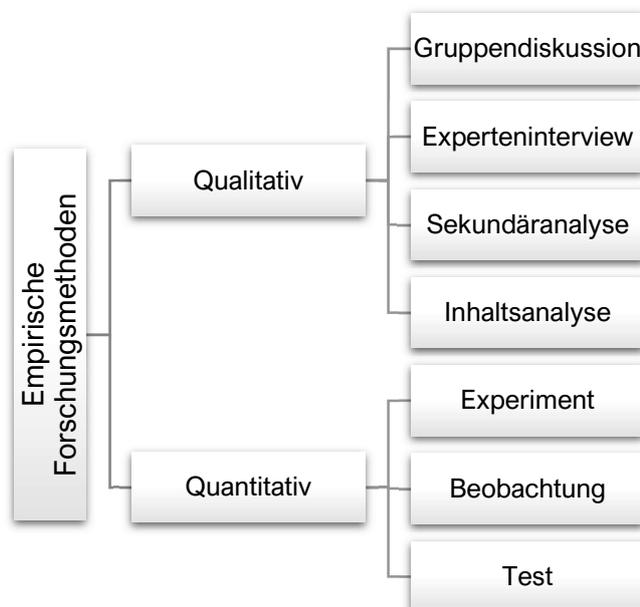


Abb. 22: Diagramm empirischer Forschungsmethoden

Zur Überprüfung der zu Beginn der Arbeit aufgestellten Forschungsfragen wurden in dieser Arbeit neben der Literaturrecherche auch zwei weitere Arten der empirischen Forschung durchgeführt.

18.2 Experteninterview

Als qualitative empirische Forschungsmethode eignet sich das Experteninterview, in dessen Fokus die fachliche Perspektive eines Experten auf dessen Spezialgebiet steht; die befragte Person als solche steht hierbei prinzipiell im Hintergrund. Strukturell hält sich ein Experteninterview an einen umfangreich zusammengestellten Leitfaden, der – unterteilt in grobe Themenbereiche – als Anhaltspunkt für die Befragung dient, wobei eventuelle (nicht vorbereitete) Nachfragen möglich und auch erwünscht sind. Der Interviewleitfaden wird dem Befragten zudem vor dem eigentlichen Gespräch übermittelt, um diesem die Möglichkeit einer umfangreichen Vorbereitung und eine Vertiefung in das betreffende Fachgebiet gewähren zu können.

Im Falle des geopolitisch-geschichtlichen Teils dieser Diplomarbeit war ausschließlich eine qualitative Forschungsmethode anwendbar; das Experteninterview wurde gewählt, da auf diese Art und Weise ein direkter Einblick in die politischen bzw. verwaltungstechnischen Entscheidungsstrukturen der Europäischen Kommission und der EU als Ganzes ermöglicht wurde, der so beispielsweise in Zeitungsberichten oder einschlägiger Fachliteratur nicht geboten werden kann.

18.3 Gruppendiskussion

Bei einer Gruppendiskussion handelt es sich weder um ein Experiment noch ein Interview. Durch ein Gespräch zwischen verschiedenen Teilnehmern zu einem vorgegebenen Thema werden Informationen gesammelt.

Das Ziel dieses Seminars war es, Argumente zum Austritt aus oder Verbleib in der EU zu finden und diese, mit den in der Leave- oder Remain-Kampagne verwendeten Argumenten zu vergleichen. Konträr zu einigen Argumenten, die verwendet wurden, um sich mit dem Brexit auseinanderzusetzen, mussten diese jedoch vollkommen auf Fakten basieren.

Die Teilnehmer erhielten zu Beginn des Seminars einen Überblick über den bisherigen Verlauf des Brexit-Prozesses. Anschließend wurde ihnen erklärt, wie ein gutes Argument aufgebaut sein sollte. Nach dieser Einweisung wurden die Teilnehmer in Gruppen, bestehend aus drei Personen, aufgeteilt und ihnen wurden vier verschiedene Tatsachen vorgelegt, welche sie entweder in Pro- oder Contra-Argumente umwandeln mussten. Nach dem Ausformulieren der Argumente wurden diese auf faktische Richtigkeit und Struktur überprüft und besprochen; im Anschluss wurden die Argumente der Teilnehmer mit den tatsächlich während der jeweiligen Kampagnen geäußerten Argumenten verglichen.

Diese Methode wurde gewählt, da der Einfluss schlecht formulierter oder gar falscher Argumente durch die Hilfe einer Fallstudie in Form eines Argumentationsseminars am akkuratesten porträtiert werden kann.

19 Ergebnisse

19.1 Geopolitisch-geschichtlicher Teil

Die Jahrhunderte des Konflikts in Irland beginnen zweifelsohne im zwölften Jahrhundert, als schottische Protestanten im Norden der Insel angesiedelt wurden. Dieses Ereignis prägte die Geschichte nachhaltig. Es ließ eine tiefe Abneigung der Katholiken gegenüber der Protestanten entstehen, die unzählige Male Quelle von kriegerischen Auseinandersetzungen war und etliche Leben forderte. Und obwohl die religiösen Beweggründe mit der Zeit in den Hintergrund rückten und ideologische Überzeugungen an Relevanz gewannen, ist es doch die Konfession, die dem „Pulverfass Nordirland“ den verhängnisvollen Funken lieferte. Durch die Zwangsansiedelung vor 800 Jahren entstand in Nordirland eine Gesellschaft, die sich viel mehr mit dem Volk der großen Insel im Osten identifizieren konnte als mit der Bevölkerung jenes Landes, auf dem sie sich tatsächlich befanden. Um die Befriedung mittelfristig zu gewährleisten, musste man auf räumliche Trennung, als letztes drastisches Mittel der Gewaltprävention, zurückgreifen – denn das Verständnis für die andere Seite aufzubauen ist eine Mammutaufgabe, deren Erfüllung noch etliche Jahre dauern und ein hohes Maß an Vorsicht und Rücksichtnahme bedürfen wird.

Das Verhältnis des Vereinigten Königreiches zur Europäischen Union ist ebenso massiv geprägt von Zugehörigkeitsgefühl – sowohl geografischem als auch ideologischem. In den Augen der Briten gehört die Inselgruppe nur formell zu Europa; der Hang zum (längst verblichenen) Empire ist nach wie vor stärker als die europäische Idee und die europäische Identität.

Durch das Interview mit Dr. Käfer war es uns möglich, die Brexit-Thematik auch aus der Perspektive der EU-Kommission beleuchten zu können. So fällt auf, dass die innere Haltung der EU zum Brexit eine andere ist als jene, die in den Medien dargestellt wird: Während der EU teils mangelnde Verhandlungsstärke vorgeworfen wurde, war aus ihrer Sicht das eigentliche Ziel, den Austritt so lange als möglich hinauszuzögern – im Wissen, dass das „kein optimales Bild in einer mathematisch orientierten Welt“ (Anhang,

Interview, S. 77) sei. Die verbleibenden EU-27 werden zwar aus den Verhandlungen insofern zusammengeschweißt hervorgehen, als dass sie sich von Anfang an auf eine einzige gemeinsame Linie geeinigt haben – die bisher bestehenden Konflikte und Problemfelder der europäischen Kooperation werden aber allein dadurch freilich nicht verschwinden. Und obwohl die Union naheliegenderweise keinen Vorteil aus dem Verlassen Großbritanniens zieht, ist eindeutig, dass aus EU-Sicht die Auswirkungen für die andere Seite wesentlich gravierender sind und dass die Europäische Union nach wie vor eine attraktive Staatengemeinschaft bleiben wird.

Schlussfolgernd kann also die Geschichte Nordirlands, aber auch des ganzen Vereinigten Königreiches, als Abwägen von Ideologie und wirtschaftlichem Vorteil beschrieben werden. Der EG-Beitritt in den Siebzigerjahren erfolgte lediglich aus finanziellen und wirtschaftlichen Beweggründen; als diese 2016 aus der subjektiven Wahrnehmung der Briten verschwanden, entschieden sich diese für den Aufbruch – und lösten Großbritannien so auch politisch wieder aus Europa heraus.

19.2 Volkswirtschaftlicher Teil

Welche volkswirtschaftlichen Chancen und Herausforderungen ergeben sich für das Vereinigte Königreich, und speziell Nordirland, durch einen Austritt aus der Europäischen Union?

Zur Beantwortung dieser Frage wurde der Inhalt diverser Literatur analysiert, sowie Interviews mit Dr. Hatto Käfer von der Europäischen Kommission und Vertretern der irischen Botschaft geführt.

Die aus den Experteninterviews gewonnenen Informationen sind aufgrund der Tagesaktualität des Themas und der zum Zeitpunkt der Interviews herrschenden Ungewissheit, welche Art des Abkommens das Vereinigte Königreich mit der Europäischen Union abschließen wird, nicht im vorliegenden volkswirtschaftlichen Teil des Ergebnisteils inkludiert.

Aus der Literaturrecherche lässt sich schließen, dass der Brexit sowohl Chancen, als auch Herausforderungen für die Volkswirtschaft des Vereinigten Königreichs schafft.

Chancen:

- Durch die Abspaltung von der Europäischen Union hat das Vereinigte Königreich die Möglichkeit, ohne die Zustimmung der EU, neue Handelsabkommen zu verhandeln, und dadurch beispielsweise von einem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu profitieren.
- Das Vereinigte Königreich erhält durch den Austritt aus der EU Kontrolle über seine Gewässer und die damit verbundenen Fischereiprofite.
- Die finanziellen Mittel, die regulär in den EU Haushalt eingezahlt wurden, können nach einem Austritt in die lokale Wirtschaft investiert werden.

Herausforderungen:

- Nordirlands hoher Grad an wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Europäischen Union, lässt erwarten, dass der Brexit einen Rückgang an nordirischem Wirtschaftswachstum zur Folge hat.
- Durch die Entstehung neuer Barrieren für den Handel, ausländische Direktinvestition und Einwanderung, wird die britische Wirtschaft – auf lange Sicht gesehen – durch jede Art des Brexits geschwächt werden.

Nach welchen Gesichtspunkten können Argumente analysiert werden, um eine konstruktive Debatte über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zu ermöglichen?

Zur Beantwortung dieser Frage wurde die Gruppendiskussion als Methode herangezogen.

Während der Brexit-Debatte wurden viele Falschaussagen getroffen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Beitrag zum Ergebnis des Brexit-Referendums geleistet haben. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Aussage Boris Johnsons, der, auch nachdem er von einem Experten korrigiert wurde, darauf bestand, dass das Vereinigte Königreich jede Woche £350 Millionen an die EU zahle und, dass man dieses Geld in das heimische Gesundheitssystem investieren könne. Solche Aussagen sind falsch und schaden der konstruktiven Debatte, deshalb ist es essenziell zu wissen, wie man Argumente aufstellen sollte und diese auf ihre Richtigkeit überprüft.

Den Teilnehmern des durchgeführten Seminars, wurde genau das vermittelt. Mithilfe des 3-B Schemas (Behauptung, Begründung, Beweis) wurden sie damit beauftragt Argumente betreffend des britischen Austritts aus der EU zu finden. Im folgenden Teil werden einige dieser Argumente vorgestellt und nach dem 3-B Schema analysiert.

- „Laut dem britischen Finanzministerium würde der Brexit jedem Haushalt im UK £4300 pro Jahr kosten. Dies würde viele negative wirtschaftliche Folgen mit sich bringen. Das heißt, man müsse neue Freihandelsabkommen abschließen und

Investitionen aus Drittstaaten könnten zurückgehen. Die Folge wäre wahrscheinlich eine Rezession.“

Dieses Argument spricht grundsätzlich einen wichtigen Punkt an, jedoch weist es strukturelle Fehler auf. Um die Verständlichkeit zu verbessern wäre es von Vorteil die drei Kernpunkte eines Argumentes zu separieren und der Reihe nach aufzuzählen.

- „Für den Austritt spricht, dass das UK außerhalb des europäischen Binnenmarktes und der Zollunion selbstständig entscheiden kann, mit welchen Ländern es freien Handel treiben will. So kann es der Wirtschaft positive Impulse durch neue Freihandelsabkommen verleihen.“

Behauptung sowie Begründung sind bei diesem Argument zwar gut zu erkennen, jedoch fehlt ein Beweis beziehungsweise eine valide Quelle.

- „Lebensmittelpreise werden steigen, da das Vereinigte Königreich auf ausländische Produkte angewiesen ist. 2016 importierte Großbritannien ca. 700.000 Liter Wein aus Österreich.“

Dieses Argument ist exzellent formuliert, jedoch fehlt eine Quelle.

- „Durch einen Austritt wird das Vereinigte Königreich selbstständiger, da die Gesetze und Vorgaben der EU nicht mehr erfüllt werden müssen.“ Quelle: RPonline

Dieses Argument wurde durch eine Quelle unterstützt und erfüllt dadurch alle notwendigen Rahmenbedingungen, die ein konstruktives Argument ausmachen.

Die Struktur eines Argumentes, sowie eine Quelle sind essenziell für eine konstruktive Debatte. Die Gewährleistung dessen setzt kritisches Denken jedes einzelnen voraus.

20 Zusammenfassung

Der Konflikt an der inneririschen Grenze hat seit Jahrhunderten das politische Handeln des Vereinigten Königreiches maßgeblich beeinflusst: So auch bei den Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union. Daher befasst sich diese Diplomarbeit mit den geschichtlichen Hintergründen, den geopolitischen Konsequenzen und der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Nordirlandkonflikts auf Briten und Iren.

Im ersten Teil wird ein detaillierter Überblick über die jahrhundertelange Geschichte der irischen Insel gegeben, die vor allem durch ideologische Konflikte zwischen Protestanten und Katholiken geprägt wurde und Nordirland im Laufe der Zeit in einen Konfliktherd verwandelte, der im 20. Jahrhundert in einem Bürgerkrieg gipfelte.

Zusätzlich analysiert Moritz Happerger in seinem Teil, wie die Mitgliedschaft in der EWG die irische Wirtschaft nach Jahrzehnten der Instabilität zu neuen Höhen geführt hat und das Karfreitagsabkommen die innerirische Grenze zumindest mittelfristig befriedet hat. Abschließend beschreibt er die Beweggründe, Ursachen und Konsequenzen des Brexit-Referendums im Jahr 2016 und vergleicht die Verhandlungsstile der Premierminister Cameron, May und Johnson.

Im darauffolgenden zweiten Teil befasst sich Max Kurtin mit den wirtschaftlichen Aspekten des Brexit. Ein spezieller Fokus wird hierbei auf die britische Wirtschaft unter Thatcher gelegt; diese wird ausführlich beschrieben und analysiert. Genauso wird die Möglichkeit von bilateralen Verträgen mit den Vereinigten Staaten dargestellt und bewertet. Gleichermaßen werden die Argumente der *Brexiters* und *Remainers* gegenübergestellt, und die signifikantesten Konfliktfelder zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union analysiert. Abschließend werden die potenziellen Auswirkungen eines Brexits auf Nordirland erörtert.

21 Anhang

21.1 Interview mit Dr. Hatto Käfer

Dr. Hatto Käfer ist wirtschaftspolitischer Berater der Europäischen Kommission für den Binnenmarkt. Das Interview wurde von Moritz Happerger und Max Kurtin gemeinsam im Haus der Europäischen Union (1010 Wien, Wipplingerstraße 35) am 31. Oktober 2019 durchgeführt.

Moritz Happerger (MH): Wie lange haben Sie schon bei der Europäischen Kommission gearbeitet?

Dr. Käfer: Ja, also Österreich ist 1995 beigetreten und als Österreicher konnte man ja vorher nicht für die EU arbeiten, und ich bin dann im September 1996 eingetreten, war dann hier in der Vertretung dienstzugeordnet, war der stellvertretende Leiter, dann hab ich auch die Vertretung ein Jahr interimistisch geleitet, dann bin ich an den Europäischen Gerichtshof gegangen, 2003 bis 2005, war dort der Leiter der Abteilung Kommunikation und Medien, bin dann nach Brüssel gegangen bis 2017 wo ich die historischen Archive geleitet habe, und bin jetzt hier zuständig von 2017 bis 2021 für die Fragen Binnenmarkt und Landwirtschaft.

MH: Also das Ganze ist befristet, die Amtszeit, quasi?

Grundsätzlich sind die Assignments in Vertretungen immer befristet, das ist ähnlich wie bei diplomatischen Vertretungen und außerdem ist es dann der Zeitpunkt wo ich in Pension gehen werde. *(lacht)*

MH: Als wirtschaftspolitischer Berater für den Binnenmarkt, so heißt das: Wie würden Sie Ihren Aufgabenbereich skizzieren?

Also mein Aufgabenbereich ist es sowohl mit der breiten Öffentlichkeit als auch mit den sogenannten Stakeholdern (Interessenvertretern) zu den Themen des Binnenmarktes und der Landwirtschaft zu sprechen. Das heißt also einerseits bin ich mit den Interessensvertretern in Kontakt, versuche herauszufinden, welche Anliegen sie an die europäische Gesetzgebung haben, auch an die Durchführung der Gesetzgebung, berichte dies

nach Brüssel, um eben zu ermöglichen, dass die zuständigen Dienststellen in Brüssel genau wissen, was die Anliegen sind. Auf der anderen Seite versuche ich das Rationale, die Überlegungen zu erklären, und bereits darauf hinzuweisen, was in nächster Zeit kommen wird, damit sich die österreichischen Spieler auf das Ganze einstellen können. Das ist die Grundsatzaufgabe, dazu zählt auch oft das Halten von Vorträgen vor interessierten Personen jeden Kreises, das können Gemeinderäte sein, das können Studenten sein, das können Mitarbeiter aus Ministerien sein, das ist also ganz unterschiedlich. Das heißt eben eine Kommunikation in beide Richtungen, um die oft zitierte Distanz zwischen „Brüssel“ und den Mitgliedsstaaten abzubauen.

Max Kurtin (MK): Okay, also unsere Diplomarbeit ist ja Brexit, also um den Brexit herum, und unsere Frage wäre in dem Fall: Wie weit waren Sie an den Austrittsverhandlungen beteiligt oder waren Sie an den Austrittsverhandlungen überhaupt beteiligt?

Na, leider gar nicht, also als es klar wurde, dass die Verhandlungen beginnen, hat ja die Europäische Kommission ein Mandat vom Europäischen Rat erhalten. Und unmittelbar danach hat dann die Europäische Kommission eine Taskforce gegründet. Die hat bei uns geheißen Taskforce 50, nicht weil sie fünfzig Mitarbeiter hat sondern weil eben der Artikel 50 des Vertrages die Grundlage war. Und die hatte bis zu 60 Mitarbeiter, ist jetzt natürlich stark zurückgefahren, und wurde von Barnier geleitet, und die sind alle in Brüssel gesessen, und ich war da nicht daran beteiligt.

MH: Alles klar, kurz und knackig. Bevor wir jetzt noch die weiteren Fragen machen, hätte ich noch eine kurze Frage. Wie ist das in der Arbeit der EU-Organe: Wird da Brexit mit Anführungszeichen immer geschrieben oder muss da immer geschrieben werden „Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union“, oder...

Na, Brexit ist der Arbeitstitel.

Ist der Arbeitstitel, alles klar. Das heißt auch ohne Anführungszeichen?

Ja.

Okay, alles klar.

MK: Also in der letzten Zeit ist ja häufig das Thema aufgekommen No-Deal und wie der umgangen werden kann etc., unsere Frage wär in dem Fall: Wenn jetzt Großbritannien ohne Deal austreten würde, jetzt eher – wird immer unwahrscheinlicher – aber was wären die kurzfristigen Folgen, das heißt was wären die Folgen innerhalb einiger Wochen?

Na, ganz grundsätzlich ist es so, dass alle europäische Institutionen erstens immer noch hoffen, dass Großbritannien – dass das Vereinigte Königreich seine Meinung ändert; wir beeinflussen das nicht, das ist eine Entscheidung des souveränen Mitgliedsstaates. Zweitens haben Sie recht: Wenn etwas sooft verlängert wird kann man natürlich hoffen, dass es zu einem Deal kommt, wobei der Ausdruck Deal eigentlich pejorativ ist, es handelt sich um einen Staatsvertrag. Aber alles ist möglich, das heißt der sogenannte „No-Deal“ ist nicht ausgeschlossen. Jedenfalls, welche Bereiche werden am meisten betroffen: Es geht erstens einmal um die Menschen und zweitens um die Wirtschaft. Das heißt im Falle eines Nichtabkommens ist zurzeit nicht klar was passiert mit den drei Millionen EU-Bürgern, die in Großbritannien leben und was passiert mit den über eine Million Bürgern des Vereinigten Königreiches die in den EU-27 leben. Wir, die Europäische Union, sind für strikte Reziprozität, das heißt die Rechte die unseren EU-27 gewährt werden werden wir auch den Briten gewähren. Also die persönlichen Lebensentwürfe sind als erstes betroffen, da wird's aller Voraussicht nach zu keiner Katastrophe kommen, aber es ist auch nichts geregelt. Und zweitens ist in erster Linie der Verkehr von Gütern und Dienstleistungen betroffen, wobei bei den Gütern: je verderblicher sie sind, desto kritischer ist es. Das können eben nicht nur Lebensmittel, sondern auch bestimmte Medikamente sein, und zwar geht's da nicht nur um die Verzollung, sondern auch um die Einhaltung der sog. phytosanitären Bestimmungen, also ob das eben, damit keine Krankheiten eingeschleppt werden für Pflanzen und Tiere. Also wie gesagt, da sind die Güter betroffen. Wie es bei den Dienstleistungen geregelt sein wird, das wird eher leichter sein, da sind keine Zölle drauf und so, und die reisen zum Teil auch nur virtuell, wie zum Beispiel EDV-Dienstleistungen. Und dann gibt's eben Sonderfälle wie den Verkehr, die Luftverkehrsrechte zum Beispiel. Und – warten Sie – Fischfangrechte sind das große Thema.

MH: No-Deal: Kann man das pauschal sagen, hätte das drastischere Folgen für Europa oder für das Vereinigte Königreich? Wo wäre der Impact, die Auswirkungen, wo wären die am stärksten zu spüren?

Na gut, rein logisch, wir sind jetzt ungefähr 510 Millionen Bürger, ich glaube 512, davon leben 66 im Vereinigten Königreich und eben der größere Rest hier, am Kontinent – wobei Zypern, Malta sind ja auch Inseln. Naja, das heißt also für uns wird der Marktzugang zu 66 Millionen Bürgern schwieriger und für die anderen für ca. 440 Millionen, das ist klar, dass die Auswirkungen auf der anderen Seite drastischer sein werden. Die EU-Kommission selbst hat keine Studie dazu gemacht, aber es gibt ja gottseidank jede Menge Think-Tanks, und die Bertelsmann-Stiftung hat einen Ländervergleich gemacht: Die ökonomischen Folgen für EU-Länder und Regionen. Und dann ist rausgekommen, dass in Österreich der Impact pro Kopf pro Jahr 83 Euro ist, das heißt Sie können drei Mal weniger ordentlich Essen gehen am Abend, und je näher die Staaten dem Vereinigten Königreich liegen, desto größer ist der Schaden. Dänemark zum Beispiel 158 [Euro], und im Vereinigten Königreich selber ist es dann 873 [Euro] pro Kopf. So ist der Schaden verteilt, wobei also ca. 900 Euro im Jahr, das ist schon viel pro Kopf, also zumal in Großbritannien es relativ arme große Schichten gibt, die materiell nicht so begütert sind.

MK: Sie haben davor schon angesprochen Medikamente und Lebensmittel, also verderbliche Mittel, und die Frage wäre in dem Fall: Wenn jetzt Zollgrenzen entstehen würden durch einen No-Deal, wie hoch schätzen Sie das Risiko von Engpässen in diesen Bereichen ein, das heißt dass es zu *Shortcomings* in Bereichen der Lebensmittel und Medikamenten kommt?

Also wie gesagt, es wurden auf beiden Seiten schon Zollämter aufgebaut, es wurde auch Personal eingestellt, die jetzt wieder sich mit Verzollung auskennen, zum Beispiel in den Niederlanden, Frankreich; Irland weiß ich jetzt nicht, Dänemark einige Hundert. Ich schätze, dass es in den ersten zwei Wochen zu Problemen kommen wird, dann müsste es sich eingespielt haben, dann haben wir natürlich Kosten und längere Fristen, aber ein eventuelles Chaos oder eventuelle drastische Verzögerungen würden nicht mehr als ein bis zwei Wochen dauern.

MK: Also Sie meinen, dass sich diese Häfen wie Dover schnell anpassen könnten, auch an einen Warenverkehr der nicht so flüssig ist?

Ich glaub das wird in Zukunft nicht mehr so schnell gehen, und nicht mehr so kostengünstig, aber dass wirklich LKWs tagelang stehen, was zum Beispiel immer wieder behauptet wird, und Schiffe nicht entladen werden können plangemäß, das sollte sich in ein bis zwei Wochen geregelt haben.

MH: Es wurde ja auch schon oft angemerkt von britischer und US-amerikanischer Seite, dass man den Schaden des Brexit durch bilaterale Handelsverträge zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich dämpfen könnte. Jetzt sind Sie ja quasi ein europäischer Beobachter, wie schätzen Sie, könnten diese bilateralen Verträge tatsächlich den Brexit dämpfen?

Also Handelsabkommen sind grundsätzlich wichtig, weil sie der Wirtschaft und den Konsumenten dienen. Zum Beispiel die Europäische Union hat etwas mehr als 40 Handelsabkommen mit etwas mehr als 70 Ländern. Das heißt, das Vereinigte Königreich wird natürlich mit den Vereinigten Staaten in Verhandlungen treten, sobald sie dann ausgetreten sein werden – zur Zeit sind sie noch Mitglied der Union und könnten das offiziell gar nicht machen – wie das ausgehen wird, steht in den Sternen, das steht erstens bei jedem Abkommen in den Sternen und zweitens ist die aktuelle politische Ausrichtung und politische Handlungsweise aktuell bekannt: Die beiden Staaten haben eine über Jahrhunderte währende Freundschaft, das heißt wenn es zu einem Abkommen kommt, dann wird das sicher sehr tief und umfassend sein, das heißt es wird natürlich für die Briten den Schock, den sie durch den schwierigeren Marktzugang, den sie dann bei uns haben, dämpfen. Andererseits wollen ja wir, die Europäische Union, weiterhin ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten machen, auch wenn TTIP jetzt auf Eis gelegt ist heißt das ja nicht, dass wir nicht ein anderes Abkommen haben wollen. Das heißt das könnten sie ja dann auch haben, dieses Abkommen, wenn sie in der Europäischen Union blieben. Aber zahlenmäßig lässt es sich nicht festlegen weil man nicht weiß wie das ausgestaltet ist. Aber natürlich wird es eine der neuen wirtschaftspolitischen Orientierungen sein, die den Schock dämpfen würden.

MH: Wenn man jetzt nachschaut, es gibt offiziell fünf Unionsbeitrittskandidaten, wobei wir ja jetzt wissen bei der Türkei ist das jetzt auch nicht mehr wirklich das Wahre. Glauben Sie aber, dass der Brexit in seinem ganzen Umfang Staaten davon abschreckt davon, zur EU beizutreten, oder bewirkt er das Gegenteil?

Zum einen antworte ich zuerst einmal um 180 Grad verdreht. Die Briten waren ja immer ein starker Motor, dass mit Beitrittskandidaten verhandelt wird und dass diese aufgenommen werden, das heißt jetzt könnte es sein, dass innerhalb der Europäischen Union die Fürsprecher für Beitritte die Stimmen etwas leiser werden. Jetzt von der anderen Seite gesehen – wie Sie gefragt haben – glaube ich das nicht, weil wir sind weiterhin attraktiv, auch wenn wir nur 27 sind, und das würde diese Staaten die sich zur Zeit bewerben, hauptsächlich am Westbalkan und die Türkei, sicherlich nicht davon abhalten, so rasch als möglich in Verhandlungen zu treten bzw. die bereits bestehenden Verhandlungen mit Ernst weiterzuführen. Natürlich ist Großbritannien die sechstgrößte Volkswirtschaft weltweit und innerhalb der EU die zweitgrößte. Also wir werden kleiner, das ist klar, aber attraktiv genug. *(lacht)*

MK: Im Falle eines geregelten Brexits, welche drei Probleme sehen Sie für den Binnenmarkt, kurz- und mittelfristig?

Eines geregelten oder ungeregelten?

Eines geregelten; es kommt natürlich auf den Vertrag drauf an.

Naja, da haben Sie sich die Antwort de facto selbst gegeben. *(lacht)* Also der Austrittsvertrag regelt ja nur die Modalitäten des Austritts, dann geht's ja darum wie wir unsere zukünftigen Beziehungen gestalten werden. Wir, die Europäische Union, wollten immer eine möglichst enge Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen. Jetzt die neueste Entwicklung in den letzten Wochen geht dahin, dass die Briten lediglich ein ehrgeiziges Freihandelsabkommen haben wollen. Und daher weiß man die Probleme, die langfristig auf uns zukommen werden, noch nicht. Einiges wird's im Bereich Inneres und Sicherheit geben, wenn der Datenaustausch vielleicht nicht funktioniert. Wir werden vielleicht – unsere internationale Stimme wird etwas weniger Gewicht haben, wenn es parallel dann wieder das Vereinigte Königreich geben wird und beim geregelten Brexit haben

wir eine Übergangsphase: Der Brexit hätte ja im Frühjahr stattfinden sollen, und die Übergangsphase wäre gewesen bis Ende 2020, das heißt das wäre ein dreiviertel Jahr gewesen, jetzt wird's dann nur mehr ein Jahr sein, in der Übergangsphase wo sich dann gar nichts ändert, wird's zu keinen Problemen kommen – spezifischer kann ich da leider nicht werden.

MK: Wo wir gerade bei Verhandlungen gewesen sind bzw. bei einem Vertrag, wollte ich Sie fragen: Sehen Sie Unterschiede im Verhandlungsstil von Theresa May und Boris Johnson?

Ja, zu dem komm ich gleich.

Zur Vorfrage noch, das sind die Notfall-Maßnahmen, die die Europäische Kommission mit den Mitgliedsstaaten getroffen hat, für den Fall dass es von einem auf den anderen Tag zu einem No-Deal kommt. Und, das hier sind dann die ganz konkreten Gesetze, die wir beschlossen haben. Und wir haben auch die sogenannten Interessenträger, das heißt, Berufsgruppen und Branchen und Behörden, die konkret vom Brexit betroffen sein werden. Die Europäische Kommission hat solche Mitteilungen geschrieben, was aus unserer Sicht wichtig ist, dass die Leute wissen, und wie sie sich darauf vorbereiten.

Und Verhandlungsstil Teresa May und Boris Johnson: Nachdem ich nicht dabei war kann ich wenig dazu sagen. Aber wenn Sie sich erinnern Boris Johnson war ja selbst für einige Monate am Verhandlungstisch, als zuständiger Minister für den Brexit, und daher war das unter der Führung der damaligen Premierministerin. Das einzige was man jetzt sagen muss, das was sie da hinten sehen, dieses weiße Buch, ist das letzte Austrittsabkommen, wie es verhandelt worden ist bevor es jetzt geändert wurde. Und von diesem dicken Paket, wurden lediglich 10 Seiten verändert, das heißt es hat sich nicht wirklich was getan.

MH: Wie viele Seiten hat dieses letzte Abkommen gehabt?

Ich glaube 500 oder 600. 581 Seiten.

Das ist eine der kleinen Freuden des Beamtenlebens, auf diesem Buch hat der Chefverhandler Barnier seine Widmung darauf geschrieben, da er immer die Mitgliedsstaaten

besucht hat um sie zu informieren und da haben wir die Besuche immer vorbereitet, koordiniert und begleitet.

Also wie gesagt, Verhandlungsstil, den Stil kann man jeden Tag im Fernsehen sehen, wie er ist. Einige Zeit hat Boris Johnson unter der Aufsicht von Theresa May gearbeitet, und im Ergebnis hat es nur graduelle Änderungen im Bezug auf Irland gegeben.

Tatsächlich was die Zukunft betrifft, Theresa May wäre noch eher zu haben gewesen für ein umfassendes Abkommen, und jetzt sind wir halt einmal beim Free Trade Agreement gelandet.

MH: War da auch irgendwo eine Anpassung von Seiten der EU an Johnson nötig?

Natürlich bei einem Verhandlungsergebnis müssen immer zwei zustimmen, aber es war keine Anpassungen unserer sogenannten Roten Linien notwendig. Wir schützen weiterhin den Binnenmarkt und wir haben immer noch eine Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland – was uns wichtig war.

MH: Wir haben schon darüber gesprochen, jetzt waren da drei Verschiebungen vom Brexit bisher, was würden Sie kritischen Stimmen entgegnen, die behaupten dass die Union nicht stark genug aufgetreten wäre, bei den Verhandlungen und auch beim Verschieben des Austrittsdatums? Dass man sich quasi fragt wie viel sich die EU noch gefallen lässt, salopp gesagt.

Tja, das ist natürlich eine Frage, die auf der Hand liegt. Sehr erfreulich ist, wie gut wir verhandelt haben, denn bei Verhandlungen gilt ja immer das Prinzip „divide et impera“ („teile und herrsche“). Das heißt zu Beginn der Verhandlung ist nämlich das Risiko bestanden, dass das Vereinigte Königreich versucht Sonderabkommen mit einigen Mitgliedsstaaten zu erreichen, aber alle 27 Mitgliedsstaaten waren sich einig, dass die Verhandlungen ausschließlich mit der Kommission geführt werden und es keine parallelen Aktionen gibt, das ist einmal das Eine, insofern sind wir stark aufgetreten. Was jetzt die laufenden Verschiebungen betrifft, kann man natürlich sagen, der Vertrag sieht das so vor, andererseits sieht der Vertrag die Möglichkeit von Verschiebungen auch vor. Aber nachdem es aber der Wunsch und der Wille der EU-27 ist, dass das Vereinigte Königreich

in der EU bleibt, gewinnen wir eigentlich durch den Aufschub. Das heißt, das macht jetzt zwar kein optimales Bild einer mathematisch orientierten Welt, aber politisch ist das für uns, die verbleibenden EU-27, von Vorteil. Je länger sie bleiben, desto besser. Natürlich, die Unternehmen haben Probleme, weil die müssen sich immer wieder auf den Tag X vorbereiten, sie müssen eine gewisse Lagerhaltung haben, sie müssen die Lieferketten organisieren. Das heißt es gibt diese Zusatzkosten natürlich drüben auf der Insel, den Inseln, aber es gibt Sie bei uns auch, aber politisch ist das durchaus in Ordnung.

MK: Vor einigen Jahren war ein weiterer Austritt aus der EU geplant, er war im Gespräch, und zwar der „Grexit“, aufgrund einer großen Finanzkrise, die damals in Griechenland stattgefunden hat. Meinen Sie, dass zu diesem Zeitpunkt schon und Guidelines und Protokolle erstellt hätten werden sollen für einen Austritt aus der EU, um das leichter zu machen, beim Brexit?

Also Präsident Juncker hält jetzt mehrere Abschlussreden, das ist klar, und einige davon habe ich gelesen, und da sagt er zu seinen größten Erfolgen zählt es eben, dass er diesen „Grexit“ verhindert hat und auch, dass Griechenland aus dem Euro austritt. Dieser sogenannte Artikel 50 ist im Vertrag von Lissabon, der bereits vorher beschlossen worden ist, und als man diesen Vertrag von Lissabon geschrieben hat, war das mehr oder weniger eine theoretische Option, dass ein Mitgliedsstaat austreten will. Und darum hat man den zwar in den Vertrag genommen, um den theoretischen Anforderungen Genüge zu tun, es hat aber keine der damals verhandelnden Parteien geglaubt, dass dieser jemals schlagend wird. darum ist er wirklich so allgemein gehalten. Würde man den Artikel 50 heute noch einmal schreiben, dann hätte er sicher sechs oder sieben Seiten.

MH: Unser letzter Themenschwerpunkt ist die Zukunft der EU-27, die dann ja noch verbleiben. Glauben Sie, dass der Brexit die verbleibenden Mitgliedsstaaten zusammenschweißt?

In zweierlei Art und Weise ja, erstens können wir ja nachvollziehen, aufgrund der Meinungsumfragen, die wir halbjährig machen, dass seit dem Votum in September 2016, die Zustimmung der Bürger kontinuierlich angestiegen ist, in allen Mitgliedsstaaten. Und

zum anderen haben die 27 ja mit einer Stimme verhandelt, und sind ja schon zusammengeschweißt worden. Das heißt jetzt nicht dass es in der Zukunft nur noch Eitel, Wonne und Sonnenschein sein wird. Es wird weiterhin die Probleme geben mit den Staaten die einen nationalen Charakter haben – jeder Staat hat seine Besonderheit – aber sowohl den Politikern als auch den Bürgern ist durch den Brexit der Mehrwert der Europäischen Union besser vor Augen geführt worden, und daher glaube ich, dass wir in der Zukunft enger und konstruktiver zusammenarbeiten.

MK: Großbritannien ist logischerweise ein Land mit sehr sehr viel Nationalgefühl, und dadurch haben sie sich Sonderwünsche herausgenommen: Dass sie nicht in Schengen sind, dass sie den Pfund behalten können. Denken Sie dass die Arbeit in der EU einfacher wird, nach dem Austritt?

Es wird immer wieder Staaten geben, die sogenannte Sonderwünsche haben, auch zum Beispiel hatte Dänemark einige Opt-outs, und Tschechien mit dem Euro, obwohl die bereits schon reif wären, beizutreten – Schweden. Es wird einfacher werden.

MH: Jetzt geht es um die Zukunft, und wir haben Ihnen hier ein Plakat (s. Abb. 17) mitgenommen, dass sie in dieser Art und Weise sicher schon gesehen haben. Hier werden die zahlreichen EU-Gemeinschaften abgebildet. Jetzt wäre meine Frage, denken Sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Großbritannien wird auf lange Sicht gesehen im Rahmen einer dieser Wirtschaftsverbände stattfinden – sei es die Zollunion, sei es der EWR?

Unser Wunsch wäre so eng als möglich, das heißt zumindest EWR, aber nachdem die Briten nur ein Freihandelsabkommen haben wollen, kann die Zusammenarbeit momentan nur im Rahmen eines Freihandelsabkommens sein, enger ist es zurzeit nicht abzusehen. Aber, auch das kann sich in Zukunft ändern, aber klar ist, dass für die Briten der Freihandel am wichtigsten ist.

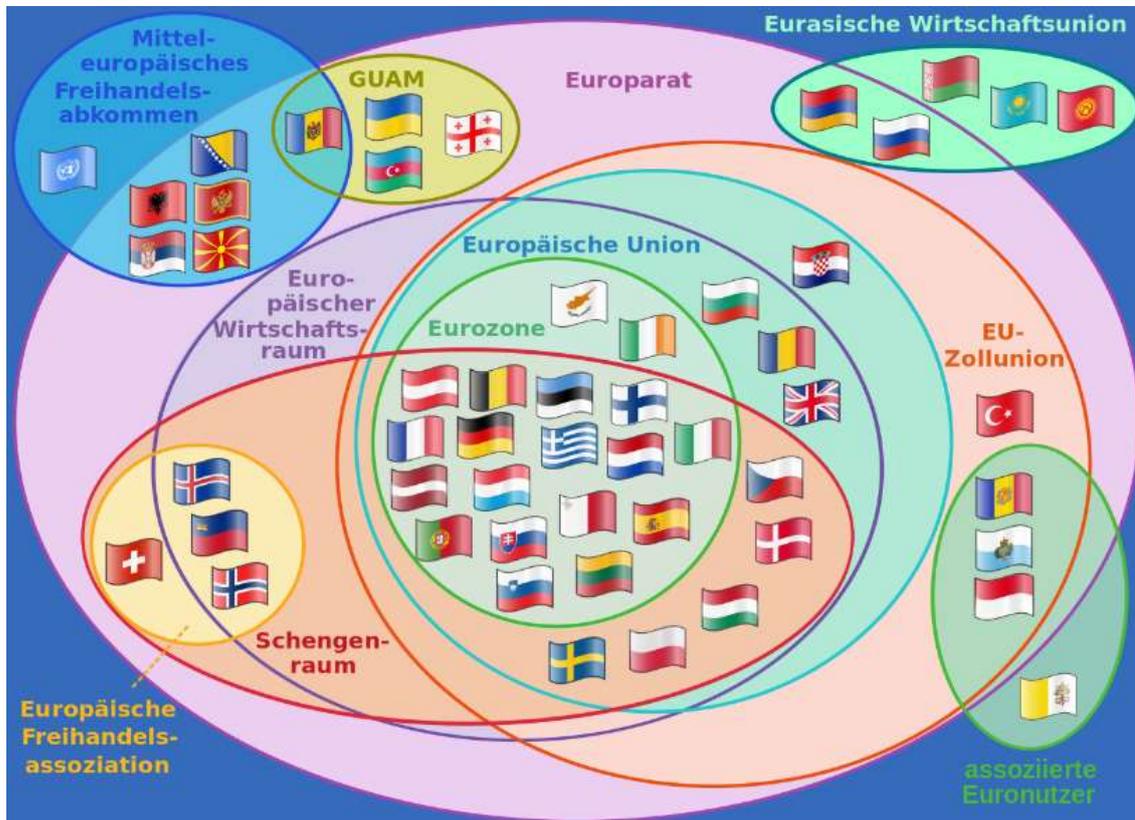


Abb. 17: Venn-Diagramm der wichtigsten Staatengemeinschaften in Europa

MH: Dann hätten wir noch eine abschließende Frage: Welche Lehren zieht die EU aus der Causa Brexit?

Na die Lehren, das hat auch der scheidende Präsident Juncker gesagt: Der größte Fehler der Kommission war es, im Zuge des Referendums und der Zeit davor, dass wir nicht mehr in Großbritannien – im Vereinigten Königreich – präsent waren, dass wir den Desinformationskampagnen nicht stärker entgegen getreten sind und dem Populismus dort freien Lauf gelassen haben. Das heißt für uns ist es wirklich besser noch klarer zu kommunizieren, was die EU für die Bürger und Unternehmen bedeutet und uns im Falle von Unzufriedenheiten – die es immer geben kann – klarer zu zeigen, was wirklich Sache ist. Das wird sicher in Zukunft Quelle vieler Diplomarbeiten sein, was da an Unsinn und falschen Bemerkungen behauptet wurde und da hätten wir das nicht nur den Briten überlassen dürfen und uns stärker einbringen müssen.

21.2 Zeittafel der nordirischen Geschichte

1169	Beginn der anglo-normannischen Eroberung von Irland
1541	Der englische König Heinrich VIII. übernimmt zusätzlich den Titel eines Königs von Irland
1595–1603	Aufstand Hugh O’Neills, Earl of Tyrone
1607	Flucht des Hochadels aus Ulster („Flucht der Grafen“)
1608–1610	Plantation in Ulster
1633–1640	Tomas Wentworth <i>Lord Deputy</i> in Irland
1652–1654	<i>Cromwellian Settlement</i> : Neuverteilung des irischen Grundbesitzes
1689–1691	„Krieg der zwei Könige“ Jakobs II. gegen Wilhelm III. in Irland
1689	Belagerung von Londonderry
1690	Entscheidender Sieg Wilhelms III. am Fluss Boyne
1801	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland
1841–1849	Große Hungersnot in Irland
1870	Home-Rule-Liga wird gegründet
1905	Sinn Féin wird gegründet
1913	Dritter Home-Rule-Antrag wird verabschiedet
1919	Die irischen MPs gründen den <i>Dáil Éireann</i>
1919–1921	Irischer Unabhängigkeitskrieg
1920–1922	Nord- und Südirland werden geteilt; Irischer Bürgerkrieg
1921	Irland wird zum Freistaat
1937	Irland wird zur unabhängigen Republik (<i>Éire</i>)
1968	Erste Ausschreitungen treten auf – Beginn der <i>Troubles</i>
1972	<i>Bloody Sunday</i>
1994	Waffenstillstand zwischen IRA und Unionisten
1998	Karfreitagsvertrag wird unterschrieben und ratifiziert; Bombenanschlag der RIRA tötet 29 Menschen
2016	Die Nordiren stimmen mehrheitlich für einen Verbleib in der EU
2020	Nordirland verlässt im Vereinigten Königreich die EU

(vgl. Adam 2019, S. 153–156)

21.3 Abkürzungsverzeichnis

ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
DUP	Democratic Union Party
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FTA	Free Trade Agreement
GFA	Good Friday Agreement
INLA	Irish National Liberation Army
IPP	Irish Parliamentary Party
IRA	Irish Republican Army
MP	Member of Parliament
NHS	National Health Service
NICRA	Northern Ireland Civil Rights Association
OIRA	Original Irish Republican Army
PIRA	Provisional Irish Republican Army
RHC	Red Hand Commando
RIC	Royal Irish Constabulary
RIRA	Real Irish Republican Army
RUC	Royal Ulster Constabulary
SDLP	Social Democratic and Labour Party
SNP	Scottish National Party
UDA	Ulster Defence Association
UK	United Kingdom
UKIP	UK Independence Party
USC	Ulster Special Constabulary
UUP	Ulster Unionist Party
UVF	Ulster Volunteer Force
WTO	World Trade Organization

21.4 Art. 50 EUV

ARTIKEL 50

- (1) Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.
- (2) Ein Mitgliedstaat, der auszutreten beschließt, teilt dem Europäischen Rat seine Absicht mit. Auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates handelt die Union mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aus und schließt das Abkommen, wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird. Das Abkommen wird nach Artikel 218 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ausgehandelt. Es wird vom Rat im Namen der Union geschlossen; der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.
- (3) Die Verträge finden auf den betroffenen Staat ab dem Tag des Inkrafttretens des Austrittsabkommens oder andernfalls zwei Jahre nach der in Absatz 2 genannten Mitteilung keine Anwendung mehr, es sei denn, der Europäische Rat beschließt im Einvernehmen mit dem betroffenen Mitgliedstaat einstimmig, diese Frist zu verlängern.
- (4) Für die Zwecke der Absätze 2 und 3 nimmt das Mitglied des Europäischen Rates und des Rates, das den austretenden Mitgliedstaat vertritt, weder an den diesen Mitgliedstaat betreffenden Beratungen noch an der entsprechenden Beschlussfassung des Europäischen Rates oder des Rates teil.
- (5) Die qualifizierte Mehrheit bestimmt sich nach Artikel 238 Absatz 3 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.
- (6) Ein Staat, der aus der Union ausgetreten ist und erneut Mitglied werden möchte, muss dies nach dem Verfahren des Artikels 49 beantragen.

(ris.bka.gv.at, 4. März 2020)

22 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1, S. 9

Die Entitäten der Britischen Inseln

Katapult: 100 Karten, die deine Sicht auf die Welt verändert. – Hamburg: Hoffmann und Campe 2019⁶, S. 95

Abb. 2, S. 10

Die traditionellen Provinzen Irlands mit dem *Pale*

Dorney, John: A Pale trip through history. – In: www.theirishstory.com/2012/01/14/a-pale-trip-through-history/#.XmVa46hKhPY, 8. März 2020

Abb. 3, S. 12

Die Schlacht am Boyne 1690

Van Huchtenburg, Jan: De sag aan de Boyne. – In: de.m.wikipedia.org/wiki/Da-:Jan_van_Huchtenburg_-_De_slag_aan_de_Boyne.jpg, 8. März 2020

Abb. 4, S. 14

Aufstand in den Straßen Dublins

Reynolds, David: Will poking around in the embers of Irish history rekindle old flames? – In: www.newstatesman.com/politics/2015/07/hundred-years-after-1916-easter-rising-history-wars-ireland-still-rage, 8. März 2020

Abb. 5, S. 15

Unterhauswahlergebnisse in Irland 1918

mapsontheweb.zoom-maps.com/post/98140922892/results-of-the-1918-irish-general-elections-which, 8. März 2020

Abb. 6, S. 16

Der Irische Freistaat (dunkelgrün)

Location of the Irish Free State with Northern Ireland in light green. – In: en.wikipedia.org/wiki/Irish_Free_State#/media/File:Location_map_of_the_Irish_Free_State.svg, 8. März 2020

Abb. 7, S. 17

Fine Gael

en.wikipedia.org/wiki/Fine_Gael#/media/File:Fine_Gael_logo_2009.svg, 8. März 2020

Abb. 8, S. 17

Fianna Fáil

seeklogo.com/vector-logo/54030/fianna-fail, 8. März 2020

Abb. 9, S. 18

Sinn Féin

de.wikipedia.org/wiki/Datei:Sinn_F%C3%A9in_Logo.png, 8. März 2020

Abb. 10, S. 19

BIP Irlands

erstellt von Happerger nach data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=IE, 21. März 2020

Abb. 11, S. 21

Flagge Nordirlands (1953–1972)

commons.wikimedia.org/wiki/File:Ulster_Banner.svg, 21. März 2020

Abb. 12, S. 24

Exemplar des GFA, unterzeichnet von allen Verhandlungsparteien

www.whytes.ie/art/1998-10-april-good-friday-agreement-facsimile-signature-sheet/150939/?SearchString=&LotNumSearch=&GuidePrice=&OrderBy=&ArtistID=&ArrangeBy=list&NumPerPage=15&offset=95, 21. März 2020

Abb. 13, S. 27

Logo von UKIP

ukip.org, 21. März 2020

Abb. 14, S. 28

Wahlergebnisse von UKIP

erstellt von Happerger nach www.electoralcommission.org.uk/who-we-are-and-what-we-do/elections-and-referendums/past-elections-and-referendums, 21. Februar 2020

Abb. 15, S. 29

Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen

commons.wikimedia.org/wiki/File:United_Kingdom_EU_referendum_2016_area_results.svg, 21. Februar 2020

Abb. 16, S. 31

Übersicht möglicher Post-Brexit-Optionen

orf.at/stories/3151847, 29. Jänner 2020

Abb. 17, S. 32

Venn-Diagramm der wichtigsten Staatengemeinschaften in Europa

de.wikipedia.org/wiki/Datei:Supranational_European_Bodies-de.svg, 29. Oktober 2019

Abb. 18, S. 42

Inflation UK (1970-1990)

RPI All Items: Percentage change over 12 months: Jan 1987=100. – In:
<https://www.ons.gov.uk/economy/inflationandpriceindices/timeseries/czbh/mm23>, 19. März 2020

Abb. 19, S. 43

Arbeitslosigkeit UK (1971-1990)

Unemployment rate (aged 16 and over, seasonally adjusted). – In:
<https://www.ons.gov.uk/employmentandlabourmarket/peoplenotinwork/unemployment/timeseries/mgsx/lms>, 19. März 2020

Abb. 20, S. 49

Access to British fisheries and fishing licences

<https://digitalpublications.parliament.scot/ResearchBriefings/Report/2018/12/17/UK-Fisheries-Bill#Access-to-British-fisheries-and-fishing-licences>, 19. März 2020

Abb. 21, S. 54

So stimmte Großbritannien ab

<https://www.bild.de/politik/ausland/brexit/schotten-wollen-nach-brexit-unabhaengigkeit-46495926.bild.html#fromWall>, 19. März 2020

Abb. 22, S. 60

Diagramm empirischer Forschungsmethoden

erstellt von Kurtin nach www.scribbr.de/methodik/empirische-forschung, 8. März 2020

23 Bibliografie

23.1 Druckquellen

- Adam, Rudolf G.: Brexit. Eine Bilanz. – Wiesbaden: Springer 2019
- Akhtar, Shayerah I.: Brexit and Outlook for US-UK Free Trade Agreement. – Washington, DC: Congressional Research Service 2020
- Aldridge, Harry u.a.: Der Brexit und die britische Sonderrolle in der EU. – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016
- American Economic Association: Journal of Economic Perspectives, 31. Jahrgang, Nr. 4, Herbst 2017
- Bründle, Stephan: „Ich war der, der den Brexit erfunden hat“. – In: Der Standard, 11. Oktober 2019, S. 8
- Disney, Richard; Luo, Guannan: The right to buy public housing in Britain: a welfare analysis. – London: Institut for Fiscal Studies 2016
- Doyle, John; Connolly, Eileen: Brexit and the Future of Northern Ireland. – Dublin: Brexit Institute 2017
- Esler, Gavin: Brexit without the bullshit. The Facts on Food, Jobs, Schools and the NHS. – Kingston upon Thames: Canbury Press 2019
- Floud, Roderick; McCloskey, Deirdre (Hrsg.): The Economic History of Britain Since 1700. – Cambridge: University Press 1994²
- Fröhlich, Hans-Peter; Schnabel, Claus: Das Thatcher-Jahrzehnt. Eine wirtschaftspolitische Bilanz. – Köln: Deutscher Instituts-Verlag 1990
- Hobolt, Sara B.: The Brexit vote: a divided nation, a divided continent. – In: Journal of European Public Policy, 23. Jahrgang, Nr. 9, 7. September 2016, S. 1259–1277
- House of Commons International Trade Committee: UK-US Trade Relations. – London: House of Commons 2018

- House of Lords European Union Committee: Brexit: UK-Irish relations. – London: Authority of the House of Lords 2016
- Europäische Kommission: Fragen und Antworten zum Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union am 31. Januar 2020. – Brüssel: Europäische Kommission 2020
- Katapult: 100 Karten, die deine Sicht auf die Welt verändern. – Hamburg: Hoffmann und Campe 2019⁶
- London School of Economics and Political Science: Journal of European Public Policy, 23. Jahrgang, 7. September 2016
- Marshall, Tim: Worth dying for. The power and politics of flags. – London: Elliot and Thompson 2017
- Ondarza, Nicolai; Becker, Julia: Ein differenzierter Brexit für das Vereinigte Königreich. – Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2017
- Otto, Frank: Der Nordirlandkonflikt. Ursprung, Verlauf, Perspektiven. – München: C.H. Beck 2005³
- Sampson, Thomas: Brexit: The Economics of International Disintegration. – In: Journal of Economic Perspectives, 31. Jahrgang, Nr. 4, Herbst 2017
- Simms, Brendan: Die Briten und Europa. Tausend Jahre Konflikt und Kooperation. – München: Deutsche Verlags-Anstalt 2016
- Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. – München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1983³
- Stewart, Bryce D.; O’Leary, Bethany C.: Post-Brexit Policy in the UK: A New Dawn? Fisheries, Seafood and the Marine Environment. – London: UK in a Changing Europe 2017
- Tonge, Jonathan: The Impact and Consequences of Brexit for Northern Ireland. – Brüssel: Europäisches Parlament 2017

D'Alfonso, Alessandro: The UK 'rebate' on the EU budget. An explanation of the abatement and other correction mechanisms. – Brüssel: Europäisches Parlament 2016

Wind, Marlene: Why the British conception of sovereignty was the main reason for Brexit – and why the British 'Leave-Vote' may end up saving rather than undermining the EU. – Pisa: 2017

Zandonella, Bruno: Pocket europa. EU-Begriffe und Länderdaten. – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007

23.2 Internetquellen

'Armed struggle is over' - INLA. – In: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/northern_ireland/8301241.stm, 19. Februar 2020

An Roinn Gnóthaí Eachtra agus Trádála: Good Friday Agreement. – In: www.dfa.ie/media/dfa/alldfawebstemedial/ourrolesandpolicies/northernireland, 4. Februar 2020

An Roinn Gnóthaí Eachtra agus Trádála: Speech for Tánaiste Simon Coveney, T.D. Belfast Chamber of Commerce. – In: www.dfa.ie/news-and-media/speeches/speeches-archive/2019/october/speech-for-tanaiste-simon-coveney-td-belfast-chamber-of-commerce.php, 4. Jänner 2020

Arthur, P.; Cowell-Meyers, K.: Sinn Féin. Political party, Ireland and United Kingdom. – In: www.britannica.com/topic/Sinn-Fein, 6. Februar 2020

Bloomenthal, Andrew: Four Asian Tigers. – In: www.investopedia.com/terms/f/four-asian-tigers.asp, 17. Februar 2020

Boris Johnson Brexit Day Speech Full. – In: www.telegraph.co.uk/politics/2020/01/31/boris-johnson-brexit-day-speech-full, 1. Februar 2020

Bundesrecht konsolidiert: Vertrag über die Europäische Union Art. 50, tagesaktuelle Fassung. In: www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008048&Artikel=50&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht=, 4. März 2020

- Chen, James: Celtic Tiger. – In: www.investopedia.com/terms/c/celtictiger.asp, 17. Februar 2020
- Clarke, Séan: Irish general election: full results. – In: www.theguardian.com/world/2020/feb/10/ireland-election-latest-results-live-sinn-fein-fine-gael-fianna-fail, 15. Februar 2020
- Clubb, Gordon: Causes of Northern Ireland flag dispute. – In: www.opendemocracy.net/en/opendemocracyuk/causes-of-northern-ireland-flag-dispute, 21. März 2020
- Cunningham, Simon: Symbolism of red hand. – In: irishnews.com/news/2013/10/28/news/symbolism-of-red-hand-74095, 21. März 2020
- Das Experteninterview – Leitfaden für die Bachelorarbeit. – In: www.bachelorprint.at/experteninterview, 18. März 2020
- Dorgan, Sean: Executive Summary. How Ireland Became the Celtic Tiger. – In: www.heritage.org/europe/report/executive-summary-how-ireland-became-the-celtic-tiger, 21. März 2020
- Dorney, John: The Irish War of Independence – A Brief Overview. – In: www.theirishstory.com/2012/09/18/the-irish-war-of-independence-a-brief-overview/#.XjsgZ2hKhPY, 3. Februar 2020
- Election 2019. Results. – In: www.bbc.com/news/election/2019/results, 22. Februar 2020
- Empirische Forschung ~ Leitfaden für Bachelorarbeit & Masterarbeit. – In: bachelorprint.at/empirische-Forschung, 16. März 2020
- EU facts behind the claims: economic costs and benefits. – In: fullfact.org/europe/economic-costs-and-benefits-eu-membership, 22. Februar 2020
- European Commission: Speech by President Juncker in the Plenary of the European Parliament at the debate on the conclusions of the European Council meeting of 17 and 18 October 2019. – In: ec.europa.eu/commission/presscorner, 3. Jänner 2020

- Hannon, Paul: Sinn Féin Sees Surge in Inconclusive Irish Election. – In: www.wsj.com/articles/sinn-fein-poised-for-historic-result-in-irish-election-but-not-to-govern-11581157800, 9. Februar 2020
- HM Government: PM Statement in Downing Street: 13 December 2019. – In: www.gov.uk/government/speeches/pm-statement-in-downing-street-13-december-2019, 3. Jänner 2020a
- HM Government: Queen’s Speech 2019. Her Majesty’s most gracious speech to both Houses of Parliament. – In: www.gov.uk/government/speeches/queens-speech-2019, 3. Jänner 2020b
- HM Government: Queen’s Speech December 2019. Her Majesty’s most gracious speech to both Houses of Parliament. – In: www.gov.uk/government/speeches/queens-speech-december-2019, 3. Jänner 2020c
- HM Government: Spending Round 2019. – In: www.gov.uk/government/publications/spending-round-2019-document/spending-round-2019#departmental-settlements, 4. Jänner 2020d
- HM Government: Uniting for a Great Brexit. Foreign Secretary’s Speech. – In: www.gov.uk/government/speeches/foreign-secretary-speech-uniting-for-a-great-brexite, 3. Jänner 2020e
- Irish general election: Exit poll predicts ‘tie’ between three main parties. – In: www.bbc.com/news/world-europe-51429292, 9. Februar 2020a
- Irish general election: Profile of Irish political parties. – In: www.bbc.com/news/world-europe-51386410, 9. Februar 2020b
- Johnson plans ‘boosterism’ to ease Brexit pain. – In: www.ft.com/content/772e921a-b2ce-11e9-8cb2-799a3a8cf37b, 5. Jänner 2020
- McDonald, Henry: Northern Ireland suicides outstrip Troubles death toll. – In: www.theguardian.com/uk-news/2018/feb/20/northern-ireland-suicides-troubles-death-toll, 22. Februar 2020

- O'Donoghue, Martin: A brief history of Irish political party names. – In: www.rte.ie/brainstorm/2017/1120/921482-a-brief-history-of-irish-political-party-names, 9. Februar 2020
- Past elections and referendums. – In: www.electoralcommission.org.uk/who-we-are-and-what-we-do/elections-and-referendums/past-elections-and-referendums, 22. Februar 2020
- Rathi, Akshat: Bye, bye. The party that birthed Brexit has sunk into total oblivion. – In: qz.com/1002422/uk-election-the-rise-and-fall-of-ukip-the-party-that-birthed-brexit, 22. Februar 2020
- Scally, Derek: Irland und der vergiftete Apfel. – In: www.zeit.de/wirtschaft/2014-10/irland-apple-steuerpolitik, 21. März 2020
- The Economist explains. The origin of “one-nation” politics. – In: www.economist.com/the-economist-explains/2016/07/17/the-origin-of-one-nation-politics, 5. Jänner 2020
- The Irish Civil War (1922-1923). – In: www.yourirish.com/history/20th-century/irish-civil-war, 3. Februar 2020
- The UK in a Changing Europe: The economic impact of Boris Johnson’s Brexit proposals. – In: ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2019/10/The-economic-impact-of-Boris-Johnsons-Brexit-proposals.pdf, 3. Februar 2020
- theguardian.com/politics/2016/sep/15/brexit-vote-years-of-lies-eu-jean-claude-juncker, 15. März 2020
- What is One-Nation Conservatism? – In: <http://simplepolitics.co.uk/issues/what-is-one-nation-conservatism>, 4. Jänner 2020
- Who are the UVF? – In: www.bbc.com/news/uk-northern-ireland-11313364, 19. Februar 2020
- Woodcock, Andrew: Boris Johnson accused of ‘cynical rebranding’ after appointing himself ‘Minister for the Union’. – In:

www.independent.co.uk/news/uk/politics/boris-johnson-minister-union-scotland-independence-referendum-snp-a9022356.html, 4. Jänner 2020

Vertrag über die Europäische Union – In: https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_on_european_union_de.pdf, 19. März 2020

www.bbc.com/news/46401558, 9. Februar 2020

www.fnlonon.com/articles/britain-was-never-truly-part-of-the-eu-20180717, 1. Februar 2020

www.instituteforgovernment.org.uk/explainers/common-fisheries-policy, 7. Februar 2020

www.instituteforgovernment.org.uk/explainers/operation-yellowhammer, 5. Februar 2020

www.irishtimes.com/opinion/the-celtic-question-why-did-northern-ireland-and-scotland-vote-remain-1.2698630, 6. Februar 2020

www.statisticsauthority.gov.uk/wp-content/uploads/2017/09/Letter-from-Sir-David-Norgrove-to-Foreign-Secretary.pdf, 4. Jänner 2020

www.strongerin.co.uk/get_the_facts, 5. Februar 2020

www.theguardian.com/business/2013/apr/08/margaret-thatcher-transform-britain-economy, 5. Dezember 2019

www.theguardian.com/uk-news/2019/sep/22/english-people-wales-brexit-research, 5. Februar 2020

www.ibec.ie/influencing-for-business/ibec-campaigns/brexit-and-the-future-of-europe/brexit-tracker, 20. März 2020